Lohnkampf in der Chemie-Industrie

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Nr. 4 April 1971 | 5. Jahrgang | Preis 1 DM

1. Mai Kampftag der Arbeiterklasse

Bauern schaffen Banken raffen

In einer gewaltigen Demonstration protestierten am 24.3.71 rund 100 ooo Bauern aus 6 EWG-Ländern in Brüssel gegen die bauernfeindliche im Interesse des Industrie- und Finanzkapitals liegende Politik des EWG-Ministerrats. Die Stadt glich einem Hexenkessel. Es kam zu erbitterten Schlachten zwischen der aus Belgien zusammengezogenen Polizei und den empörten Bauern, bei denen von der Polizei 1 Bauer getötet, hunderte verletzt und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Bauern setzten sich gegen die Angriffe der Polizei zur Wehr, errichteten Straßenbarrikaden und bombardierten die Polizisten mit Eiern und Kartoffeln.

Bereits in den Wochen zuvor war es in verschiedenen EWG-Ländern – darunter auch in der Bundesrepublik – zu großen Bauerndemonstrationen gekommen. Während der 2.

zum Erliegen, eine Sturmspitze drang bis zur Hamburger Innenstadt vor.

Zu einem Höhepunkt wurde die Demonstration von 60.000 Bauern aus allen Teilen der Bundesrepublik

Arbeiterklasse

Viele Kollegen wissen heute nicht mehr, wie der 1. Mai entstanden ist. Schuld daran haben die Organisationen, die sich zum 1. Mai gern als Organisationen der Arbeiterklasse aufspielen: SPD und DGB. Sie reden vom "Tag der Arbeit", wie Hitler es tat, sie reden davon, daß "der Mensch im Mittelpunkt" stehe, wie es die Kapitalisten auch sagen, die natürlich sich selbst damit meinen. Den Kollegen muß wieder bewußt gemacht werden, daß der 1. Mai im BLUT DER ARBEITER erkämpft worden ist, daß er Kampftag der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat ist.

Als internationalen Kampftag der Arbeiterklasse beschloß die II. Internationale den 1. Mai auf ihrer Sitzung 1889 in Paris, als Antwort auf das Chikagoer Massaker: am 1. Mai 1886 waren die Chikagoer Arbeiter aus Protest gegen die Hungerlöhne auf die Straße gegangen und wurden dort von den Bütteln der Kapitalistenklasse, der Polizei von Chikago, zusammengeschossen. Der 1. Mai sollte hinweisen auf die Notwendigkeit einer Kampforganisation der Arbeiterklasse. Er ist seinem Wesen nach revolutionär.

Schon ein Jahr nach dem Pariser Beschluß, 1890, wurde im Deutschen Reich von der damals noch revolutionären SPD und den Gewerkschaften Demonstrationen zum 1. Mai vorbereitet. Die Hauptforderung war die Einführung des 8-Stundentages. Das war dem wilhelminischen Reich so untragbar, daß der 1. Mai verboten wurde. Dennoch verließen zahlreiche Arbeiter die Betriebe und bildeten mächtige Demonstrationszüge gegen die Kapitalistenklasse. Diese reagierte damit, daß sie bis zu 2/3 der Belegschaften aussperrte und viele Arbeiter zum Austritt aus der Gewerkschaft zwang. Der Staat der Kapitalisten reagierte mit Polizeiterror.

In dem Maße, wie der Konkurrenzkapitalismus Monopole bildete und imperialistisch wurde, gelang es ihm, die Arbeiterklasse zu spalten, indem er eine kleine Schicht von Arbeitern mit Vergünstigungen bestach und damit die internationale Solidarität der Arbeiterklasse untergrub. Auf diese Weise wurde auch aus der revolutionären Partei der Arbeiterklasse mehr und mehr eine Partei der Arbeiteraristokratie. Das zeigte sich erstmals in aller Deutlichkeit 1914, als die SPD-Reichstagsabgeordneten die Kriegskredite für den imperialistischen Raubkrieg bewilligten und bereit waren, Arbeiter gegen Arbeiter zu hetzen.

Liebknecht und Luxemburg

Auch nach dem Zusammenbruch der monarchistischen Form des bürgerlichen Staates bewies die SPD deutlich, auf wessen Seite sie stand. Die Revolution von 1918 hatte sie nicht gewollt und tat alles, um ihre Treue zu den Kapitalisten unter Beweis zu stellen. So verbündete sich SPD-Kriegsminister Noske mit den kaiserlichen Generälen und ließ 1920 Freicorps gegen die Arbeiterklasse marschieren, die zuvor noch die bürgerliche Republik gegen den Kapp-Putsch retten durfte. Als Partei der Arbeiterklasse trat immer klarer die KPD hervor, deren Gründer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sich schon entschieden gegen die Kriegskredite und den imperialistischen Krieg gewandt hatten und wegen ihrer revolutionären Haltung von der SPD-Regierung zu Staatsfeinden erklärt wurden: Folge davon war ihre Ermordung im Januar 1919.

Nach vorübergehender Stabilisie-

Lesung des Haushaltes 1971 im Bundestag, Anfang Februar, legten rund 6.000 Bauern mit 3.000 Traktoren und Mähdreschern in Schleswig-Holstein den gesamten Verkehr nach Dänemark still. In Mainz demonstrierten 6.000 Bauern für höhere Erzeugerpreise. In Bayern fuhren Tausende in die Städte, um bei den Arbeitern um Sympathie für ihre Sache zu werben. In Stuttgart zogen 20.000 Bauern im Schweigemarsch mit schwarzen Fahnen vor das Rathaus. 30.000 Bauern mit tausenden von Traktoren brachten in Vorbereitung der Brüsseler Konferenz für Stunden den Verkehr auf vielen Straßen Schleswig-Holsteins

Ende Februar in Bonn. Es war die größte Bauernkundgebung seit 1928. Mit einem Wald von Transparenten und schwarzen Fahnen drückten die Bauern ihre Unzufriedenheit mit der Agrarpolitik der monopolhörigen Bundesregierung aus.

"Bauern lernt von der Al Fatah", "Bauern protestieren, andere profitieren", "Erzeugerpreise bodenlos, Nahrungsmittelpreise riesengroß", "Brandt und Schiller – Bauern-Killer", "Die EWG der 6 zieht uns Bauern in den Dreck", "Bauern schaffen – andere raffen", waren einige der auf den Transparenten mitgeführten Losungen.

Wie ist die Lage der Bauern?

Ist die Empörung der Bauern berechtigt? Sie ist es. Keinem anderen Wirtschaftszweig ging es seit 1950 so schlecht wie der Landwirtschaft. Alle Regierungen von Adenauer über Erhard, Kiesinger bis Brandt forcierten mit Inbrunst im Interesse ihrer monopolistischen Auftraggeber das große Bauernlegen.

Vier Gründe führen im Kapitalismus zur tendenziellen Verkümmerung der Landwirtschaft:

1) die Landwirtschaft gehört zu den Wirtschaftszweigen, in denen die Möglichkeit der Mechanisierung beschränkt und die vollständige Automatisierung unmöglich ist. Immer werden die Lohnkosten höher sein als in voll automatisiertem Bereich. Damit aber bleiben die Profitmöglichkeiten beschränkt und die Kapitalisten haben kein großes Interesse, hier voll einzusteigen.

2) die Produkte der Landwirtschaft sind Nahrungsmittel, also das, was der Mensch zum Leben braucht, um seine Arbeitskraft zu erhalten. Hält der Kapitalist die Preise dieser Produkte niedrig, hat er den Vorteil, daß er nicht höhere Löhne zu zahlen braucht, was seinem Profit zugute kommt. Deshalb hat er auch kein Interesse daran, daß sich in der Landwirtschaft eigene, gegen ihn gerichtete Monopole bilden. Für ihn ist die beste Lösung: er selbst übernimmt den Sektor der Landwirtschaft, der weitgehend mechanisiert ist, zum Beispiel riesige Hühnerfabriken mit 100.000 Hühnern, wie dies schon heute geschieht, und überläßt den Bauern den Bereich der Landwirtschaft, Getreide, Kartoffeln usw., an dem nicht viel zu verdienen ist.

3) sind die kapitalistischen Monopole jederzeit bereit, um ihres Profites willen, die Landwirtschaft in die Pfanne zu hauen. Das zeigte sich anschaulich in der sogenannten Kennedy-Runde, als es den westdeutschen Chemie-Konzernen darum ging, das in den USA bestehende

Fortsetzung S. 2

1. Mai – Kampftag der Arbeiterklasse

rung des kapitalistischen Staates geriet er besonders seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 an den Abgrund. Hatten seine SPD-Lakaien bisher auf dem noch vom Kaiserreich 1918 gesetzlich zugestandenem 1. Mai die Arbeiter mit Erinnerungen an glorreiche Zeiten genarrt und scheinrevolutionäre Reden geschwungen, so wurde ihnen der verstärkte Kampfwille der Arbeiter derart unheimlich, daß sie angstvoll den Tag der Arbeiterklasse verbot, denn immer deutlicher trat die KPD als Vorhut der Arbeiterklasse hervor.

Auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), der spätestens ab 1928 ein Instrument des Imperialismus zur Beruhigung der Arbeiter geworden war, konnte Kommunisten in seinen Reihen nicht mehr dulden und warf sie hinaus, denn sie organisierten Kampfmaßnahmen gegen den Lohnabbau, während sich der ADGB auf jeden Kompromiß einließ und die Arbeiter spaltete, um den Kapitalismus und damit seine Pöstchen zu retten.

In zahlreichen Betrieben hatte die KPD eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) ins Leben gerufen, die sowohl innerhalb wie außerhalb der kapitalistischen Gewerkschaften zu arbeiten versuchte und den arbeiterverräterischen Bonzen Angst und Bange machte, indem sie ihren Verrat entlarvte. Als in Berlin die KPD zum 1. Mai 1929 eine Demonstration gegen Hunger, Krieg und Faschismus durchführte, ließ SPD-Polizeipräsident Zörgiebel auf die Arbeiter das Feuer eröffnen: 33 Arbeiter wurden erschossen über 100 verwundet. Das hat auch

hatte ihnen klargemacht: Die Arbeiterklasse bekommt nichts geschenkt, sie muß sich alles erkämpfen, ob es die Staatsmacht ist, ein paar Groschen Lohnerhöhung oder eine Mai-Demonstration.

Da die SPD die Arbeiter nicht länger hinters Licht führen konnte, brachte die Kapitalistenklasse den Hitlerfaschismus an die Macht, der besonders die kleinbürgerlichen Massen beschwätzen konnte. Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus bescherte der Arbeiterklasse eine Deutsche Arbeitsfront (DAF), die den Kampftag der Arbeiterklasse in einen "Tag der Arbeit" umwandelte, d.h. einen Tag der "Verbrüderung" von Kapital und Arbeit. Die Verschaukelung der Arbeiter ging sogar so weit, daß auf Maiplaketten der DAF 1934 Hammer und Sichel mißbraucht wurden.

So wie die Nazis zur Irreführung der Arbeiter Symbole der Kommunisten übernahmen, so übernahm der DGB die Tradition der Nazis, indem auch er den 1. Mai als "Tag der Arbeit" feiert. Der DGB ist nicht von der Arbeiterklasse ins Leben gerufen worden, sondern durch die Besatzungsmächte, die dafür "bewährte" Vertreter aus dem alten ADGB einsetzten, die im Rahmen ihrer Sozialpartnerschaftsstrategie zwar keine Gewehre auf die Arbeiter mehr richteten, dafür aber die Vertreter der Kapitalistenklasse Schiller, Brandt, Kühn, Arendt usw. ihre Festreden gegen die Arbeiterklasse richten lassen.

Die Feierstunden des DGB

So wie früher die Opportunisten den 8-Stundentag nicht erkämpfen, sondern erhandeln wollten, so wie sie statt der proletarischen Revolution 1918 die bürgerliche Republik predigten, so wie sie statt gegen Faschismus, Hunger, Krieg Anfang der 30er Jahre für "Wirtschaftsdemokratie" plädierten, so propagieren sie heute Mitbestimmung statt Klassenkampf, eine Mitbestimmung, die für die Kapitalistenklasse gleichbedeutend ist mit Streikversicherung. Immer geht es darum, die Bewegung der Arbeiterklasse abzuwürgen und an die Gesetze des kapitalistischen Staates zu ketten. Wie früher die Arbeiter zum Austritt gezwungen wurden, so zwingen heute viele Kapitalisten die Arbeiter zum Eintritt in die Gewerkschaft. Die deutsche Arbeiterklasse durchschaut immer mehr den demagogischen Charak-

So wurde Brandt 1969 von den Hamburger Arbeitern ausgebuht, auf revolutionären Gegenkundgebungen in Westberlin erschienen mehr Arbeiter als beim DGB, der aus diesen Erfahrungen die Lehre zog, daß er mit seinem Sozialpartnerschaftsgeschwätz die Arbeiter nicht länger für dumm verkaufen kann. Insbesondere die Septemberstreiks von 1969 und 1970 gegen den Verrat der Gewerkschaftsbonzen haben ihn ins Schwimmen gebracht: einmal versucht er, den 1. Mai überhaupt zu liquidieren, indem er seine Kundgebungen hinter verschlossenen Türen stattfinden läßt und klassenbewußte Arbeiter ausschließt, wie dieses Jahr in Westberlin und Hamburg.

Wo das jetzt noch nicht geht, muß man damit rechnen, daß scheinrevolutionäre Organisationen in den

ten sich besonders Sprecher der DKP an, die den Arbeitern erklären sollen, daß der DGB ihre Organisation sei und nur sein Kampfwille gestärkt werden müsse, d.h. die Sozialpartnerschaft dadurch zu bestärken, daß die Mitbestimmung der DGB-Bonzen auch dort gefordert wird, wo sie noch nicht besteht. So sollen die Arbeiter "sicher in die 70er Jahre", sicher in die Krise geführt werden.

Die Geschichte aber zeigt, daß sich die Arbeiterklasse nicht auf die Dauer betrügen läßt und der 1. Mai im Endeffekt doch wieder ein Kampftag der Arbeiterklasse wird. Wie 1929 die scheinrevolutionäre SPD auf Arbeiter schießen ließ, so lassen heute die Scheinkommunisten in Polen, die Gesinnungskumpane der DKP, auf die Arbeiter schießen, die mit roten Fahnen und unter dem Gesang der Internationale für die Beseitigung der "bürgerlichen Diktatur Gomulkas" kämpften.

Die deutsche Arbeiterklasse muß erneut um den 1. Mai als den Kampftag der internationalen Solidarität des Proletariats kämpfen.

Für einen roten 1. Mai unter den Losungen der KPD/ML gegen die Kapitalistenklasse und ihre Handlanger von DGB, SPD, DKP:

WER HAT UNS VERRATEN? – GEWERKSCHAFTSBÜROKRATEN!

WER HAT UNS VERRATEN? – SOZIALDEMOKRATEN!

WER HAT UNS VERRATEN? – DKP-RENEGATEN!

WER MACHT UNS FREI? – DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI!

platzte und sie zu Demonstrationen auf die Straße gingen, ist nur zu verständlich. Mußten sie doch in letzter Zeit zwei entscheidende Preissenkungen hinnehmen:

Durch die Getreidepreisangleichung im Jahre 1967 sanken die Preise um 13 Prozent.

Der D-Mark-Aufwertung folgte 1970 eine Preissenkung für viele landwirtschaftliche Produkte von 8,5 Prozent.

Die Erlöse der Landwirtschaft lagen im Dezember 1970 um 4,6 Prozent niedriger als in den Durchschnitts-Wirtschaftsjahren 1961/62 und 1962/63.

Demgegenüber waren die Betriebsmittelpreise im selben Monat gegenüber 1962/63 um 2,5 Prozent gestiegen.

Was die Bauern auch tun, aufgrund der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind sie stets die Gelackmeierten. Haben sie eine gute Ernte, sinken die Preise. Ist ihre Ernte schlecht, steigen die Preise, sie aber können nicht liefern. Die EWG tut ein übriges. So wuchs seinerzeit der Butterberg, weil die billigere französische Butter die deutsche Butter vom Markt verdrängte. Und als dann schließlich 1970 die Abschlachtung von Milchkühen prämiert wurde, wurden in der Bundesrepublik 150.000 (bei den anderen fünf EWG-Partnern zusammen nur 84.000) Kühe geschlachtet, während Holland seinen Kuhbestand noch um 2% aufstockte. Mit den Schweinen ist es ähnlich. Während in einer der letzten Wochen 20% aller Schweine, die auf den deutschen Märkten verkauft wurden, aus Holland und Belgien kamen, blieben die Holsteiner Bauern wie schon seit Monaten auf ihren Be-

viele SPD-Arbeiter auf die Seite der KPD gebracht. Zörgiebel selbst

ter der Mai-Feierstunden von DGB und SPD.

Vordergrund gestellt werden wie vor der Wirtschaftskrise 1929: hier bie-

KOMMT ZU UNSERM 1. MAI!

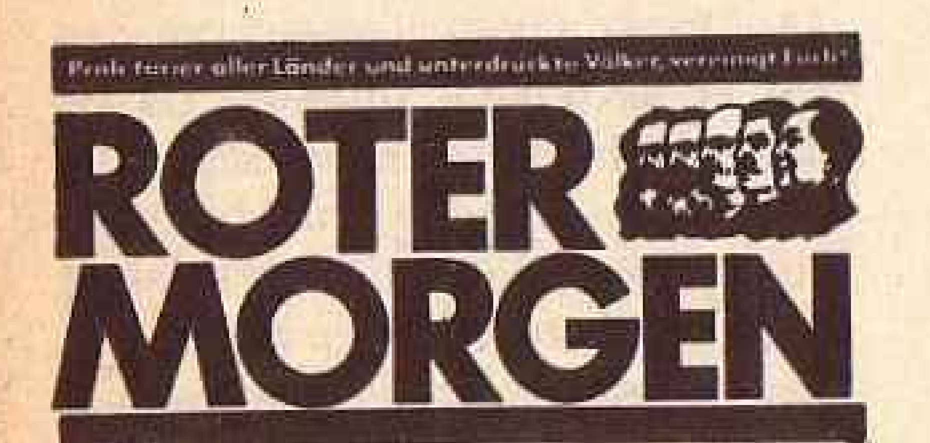
Das System des Kapitalismus ist es, das – welch ein Widersinn – die Vernichtung von Lebensmitteln prämiert, während andereseits in der Welt Millionen von Menschen verhungern.

Bauern schaffen – andere raffen

Gesetz abzuschaffen, nach dem keine ausländischen Produkte unter den tiefsten amerikanischen Preisen angeboten werden dürfen. Im Tausch für die Abschaffung dieses Gesetzes setzten sie durch, daß die westdeutsche Landwirtschaft der Konkurrenz durch amerikanische Hähnchen ausgesetzt wurde. Immer wenn sich die Industrie-Monopole Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte in anderen Ländern errechnen, sind sie bereit, dies zu Lasten der westdeutschen Landwirtschaft zu tun.

4) braucht das Kapital eine industrielle Reservearmee und dabei kommen ihm die Bauern gerade recht. Die große durch den Manshold-Plan geförderte Kategorie der Zuerwerbs- (Einkommen aus Landwirtschaft und Industrie, Landwirtschaft Hauptseite) 234.000 und Nebenerwerbsbetriebe (Einkommen aus Industrie und Landwirtschaft, Industrie Hauptseite) 543.000, versetzt es in die Lage, im Falle einer Krise hunderttausende ehemaliger Bauern auf die Straße zu setzen ohne große Konflikte fürchten zu müssen, da sie noch etwas Land besitzen und nicht gerade verhungern werden. Außerdem benutzt es dieses Halbproletariat als Druckmittel gegen die nur auf dem Verkauf ihrer Arbeitskraft an den Kapitalisten angewiesenen Arbeiter. Sie sind durch ihren Nebenverdienst aus der Landwirtschaft nicht so sehr auf Lohnerhöhungen angewiesen wie diese.

Seit 1950 wurden Jahr für Jahr 100.000, 1970 sogar 150.000 in der Landwirtschaft Beschäftigte gezwungen, ihren Hof zu verlassen. In den letzten 2 Jahrzehnten ist ein Drittel aller 1950 noch bestehenden Betriebe aufgegeben worden, und zwei Drittel in der Landwirtschaft Beschäftigte (2,1 Millionen) ausgeschieden. Für das nächste Jahrzehnt bis 1980 ist eingeplant, daß sich die Zahl der Bauern weiter verringert, von 2,24 Millionen im letzten Jahr auf etwa 1 Million im Jahre 1980.



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten

2 Hamburg 71, Postfach 464. Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust. Verlag: Detlef Schneider.

Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg 70. Postscheckkonto: Detlef Schneider, Hamburg, Nr. 3364 44. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis: 1,-- DM. Jahresbezugspreis: 11,-- DM (einschließlich Porto)

Zwei Geier sitzen den Bauern im Nacken

Erstens: das Industrie- und Bankkapital. Jahrelang hatte man den Bauern eingeredet, um konkurrenzfähig zu bleiben, müßten sie ihren Hof voll mechanisieren. Sie müßten sich Trecker, Mähdrescher, Melkmaschinen kaufen usw., sie müßten sich auf bestimmte Produkte spezialisieren. Viele Bauern folgten diesem Rat, nahmen, da sie über kein Bargeld verfügten, Kredit auf und gehen nun an den Zinsen kaputt. Die Verschuldung der Landwirtschaft hat sich allein von 1962 bis Mitte 1970 von 14,526 auf 29,260 Milliarden DM mehr als verdopplet. Die Banken machen aus der Not der Bauern klingende Münze. Die Summe der Kreditzinsen, die die Bauern zahlen mußten, stieg vom Erntejahr 1962/63 von 811 auf 1.802 Millionen DM im Erntejahr 1969/70 oder um 122Prozent. Seit 1949 erpreßte das Bankkapital auf diese Weise die Bauern um rund 20 Milliarden D-Mark. Den anderen Schnitt machten die Landmaschinenkonzerne, die in den letzten Jahrzehnten durch den Verkauf von landwirtschaftlichen Maschinen, Transportmitteln, Traktoren usw. zig Milliarden an den Bauern verdienten und die mächtigen Chemie-Monopole, die den Kunstdünger und die unentbehrlichen Sprühmittel liefern. Die Preise für die bäuerlichen Betriebsmittel stiegen im letzten Jahr um rund 5%. Das bringt den Industriekonzernen im laufenden Jahr allein 2 Milliarden DM.

Zweitens: die Nahrungsmittelindustrie und der räuberische Zwischenhandel. Heute kauft die Nahrungsmittelindustrie bereits 60% der pflanzlichen und 40% der tierischen Produkte der Bauern zu von ihr diktierten Preisen auf. Während in den letzten 2 Jahrzehnten der Brotpreis für die Verbraucher sich fast verdoppelt hat, ist der Getreidepreis für die Bauern um 10% gesunken. die Bauern erhalten zum Beispiel zur Zeit für 1 Liter Milch 34 Pfennig, für 1 Ei 14 Pfennig, für 1 Pfund Schweinefleisch 97 Pfennig, für ein Hähnchen, das 1 Pfund wiegt, 80 Pfennig, für 1 Pfund Kartoffeln 5 Pfennig. Vergleicht man hiermit die Preise in den Läden, so stellt man fest, daß die Gewinnspanne des Zwischenhandels 100 bis 200% und mehr beträgt. Noch katastrophaler ist die Lage auf dem Obst- und Gemüsesektor, wo die Gewinnspannen bis 700% betragen. Bekannt ist der Fall eines Bauern aus Dithmarschen, der in einem Kohlkopf einen Zettel versteckte mit der Aufschrift "für diesen Kohlkopf habe ich 8 Pfennig erhalten". Die Hausfrau, die ihn später fand, hatte für diesen Kohlkopf im Laden 90 Pfennig bezahlt.

Hieran kann man sehen, daß es absoluter Unsinn ist, wenn behauptet wird, daß die von den Bauern geforderte Erhöhung ihre Erzeugerpreise um 10 bis15 % zwangsläufig zu einer Erhöhung der Verbraucherpreise führen müsse. Wer so etwas behauptet, versucht im Interesse der Herrschenden die Arbeiter gegen die Bauern auszuspielen. Warum sollten nicht die Aasgeier des räuberischen Zwischenhandels, der Nahrungsmittelindustrie auf einen kleinen Teil ihres Profits verzichten?

Daß den Bauern jetzt der Kragen

Ihr Feind ist unser Feind

Für uns aber gilt es zu erkennen, daß auch die Masse der Bauern arbeitende, ausgebeutete, um die Früchte ihrer Mühe und Plage geprellte Menschen sind wie die Arbeiter selbst! Daß der Feind der Arbeiter, das Industrie- und Bankkapital, die Monopole, das kapitalistische System der gleiche ist, wie für die Bauern.

Die arbeitenden Bauern – und das sind abgesehen von einer dünnen Schichte millionenschwerer Großbauern und Großgrundbesitzer **alle** Bauern – sind sogar Opfer einer besonders umfangreichen, besonders vielgestaltigen und besonders drükkenden Ausbeutung! Das Märchen vom "freien Bauern auf freier Scholle" war schon immer ein Märchen, aber eine besonders niederträchtige Lüge ist es heute, da die Bevormundung, Unterdrückung, Benachteiligung, Prellung und Ausbeutung hundertausender kleiner und mittlerer Bauern Formen angenommen hat, die jeder Beschreibung spotten. In dieser Lage ist es für den Bauern keine Erleichterung, daß er "Besitzer" ist, daß er "selbständig" arbeitet usw. Im Gegenteil. Sein Besitz ist eine Strafverschärfung, eine Kette, die ihn festhält und an Verhältnisse bindet, die er ohne diesen "Besitz" niemals ertragen würde. Dieser "Besitz"bindet ihn ideolo-

gisch, aber auch materiell unvergleichlich mehr an seine Ausbeuter als den Arbeiter. Die mit der Wirklichkeit in immer grellerem Kontrast stehende Illusion der "Selbständigkeit" macht ihn zu seinem eigenen unerbittlichen Aufseher und Antreiber, preßt ihn noch mehr unter ein Joch, das er andernfalls niemals dulden würde.

Die bäuerliche Arbeit ist nicht nur Schwerarbeit, sondern eine katastrophale unterbezahlte Schwerarbeit, die weder Achtstundentag noch Urlaub kennt, bei der es den Großteil des Jahres hindurch weder Sonntag noch Feiertag gibt. In der Praxis gibt es bei dieser Arbeit auch keine Altersgrenze nach unten oder nach oben. Man braucht nur einige Zeit auf einem Dorf zu leben, um zu sehen, was sich dabei abspielt: Hier findet man Schulkinder als Kutscher und Traktorfahrer ebenso häufig wie 70- bis 75-jährige Menschen bei ausgesprochener Schwerarbeit.

In der Landwirtschaft wird heute für einen Stundenlohn gearbeitet, für den kein Arbeiter auch nur einen Finger krumm machen würde.

Im Agrarbericht der Bundesregierung für 1970 heißt es, daß der Lohnabstand zu der Vergleichsgruppe der Industrie 29 Prozent beträgt, für die fast drei Millionen Bauern gibt es keine Krankenversicherung (ständige Familienarbeitskräfte 1.7 Millionen, nicht ständige 1.2 Mill.), für die Kinder im allgemeinen nicht die gleichen Bildungschancen und für die Alten erst seit 1957 eine nicht einmal obligate Altersversicherung. Sie zahlt für Verheiratete 175 Mark, für Unverheiratete 115 Mark im Monat. Zur Zeit leben über eine halbe Million alter Leute von dieser Hungerrente.

Welche Schlußfolgerungen müssen wir als Kommunisten aus diesen Tatsachen ziehen? **Die Klein-**

Kampf gegen Fahrpreise in Dortmund

"Der SPD wird noch geglaubt, obwohl sie uns die Löhne raubt"

In Westdeutschland kommen die Kapitalisten in immer größere Schwierigkeiten: Die Aufträge gehen zurück. Für viele Waren findet sich kein Käufer mehr. Die Profite drohen zu sinken.

Klar, daß Lohnsteigerungen den Kapitalisten jetzt am allerwenigsten in den Kram passen. Aber auch mit der Lohndrückerei müssen sie vorsichtig umgehen. Denn sie haben die Erfahrung machen müssen, daß eine harte Haltung in Lohnkämpfen zu gefürchteten Streiks der Kollegen führen kann. Daher ist es für die Kapitalisten viel günstiger, die Lohnerhöhungen, die die Kollegen in den letzten Jahren mühsam erkämpft haben, einfach durch Preissteigerungen wieder zurückzunehmen.

Genau diese Preissteigerungen bekommen wir in immer stärkerem Maße zu spüren: Der schrittweisen Steigerung der Lebensmittelpreise folgen nun in vielen Städten – besonders im Ruhrgebiet – drastische Erhöhungen der Nahverkehrstarife. In Dortmund erhöhte der SPD-Stadtrat die Fahrpreise um 33%, 44% bzw. 57%! Hier muß jetzt eine Familie mit drei Kindern für eine Einkaufsfahrt in die Innenstadt 8.– DM bis 16.– DM (je nach Alter der Kinder) bezahlen. Die Monatskarte für den Lehrling kostet 40.– DM und für den Jungarbeiter und Kollegen 55.– DM.

In Dortmund begann am 2. März, einen Tag nach der Tariferhöhung, eine Bewegung des Protestes und der Entrüstung unter der Bevölkerung. Mit Straßenbahnblockaden, "Roter-Punkt"-Aktionen, Kundgebungen, Demonstrationszügen und ausdauernden Straßendiskussionen protestierte das Volk wochenlang gegen die unverschämten Fahrpreise. Zunächst waren es hauptsächlich Jungarbeiter, Lehrlinge und Schüler, die Straßenbahnen blockierten und Autobahnhöfe einrichteten. Aber Tag für Tag solidarisierten sich immer mehr ältere Leute – meist Kollegen bei Hoesch – mit den Aktionen und nahmen daran teil.

Gewerkschaft: Verrat der Interessen der Kollegen

Die Kollegen von Hoesch wollten einen Solidaritätsstreik durchführen. Denn sie hatten gesehen, daß der Protest ohne sie den SPD-Stadtrat nicht beeindruckte. "Erst wenn wir die Brocken hinschmeißen und uns mit auf die Schienen stellen, wird sich das ändern."

Aber was erzählten da die Gewerkschaftsbürokraten: "Demonstrieren ist kein Ersatz für Regie-

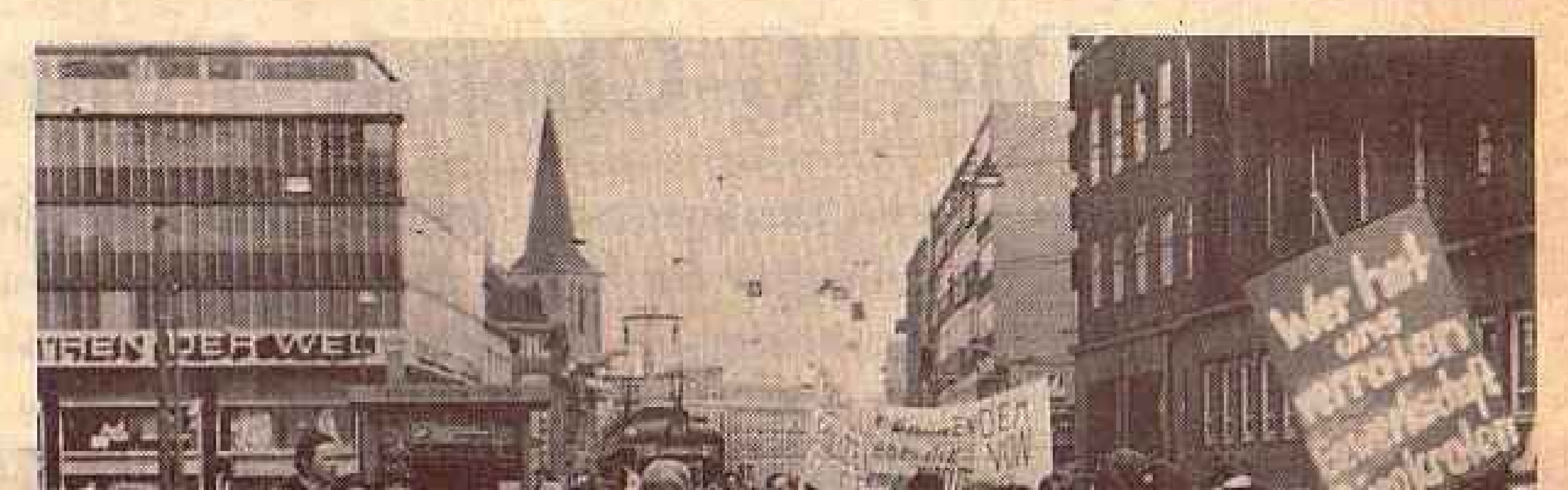
erhöhung nicht zustimmen will. **Die Dortmunder Kollegen wissen schon, warum sie sagen: "Wenn Hoesch Schnupfen hat, dann niest der Stadtrat."**

Die Gewerkschaftsbürokraten haben mit den übelsten Tricks versucht, die Kollegen von einer gemeinsamen Aktion gegen die Fahrpreiserhöhung abzuhalten. Obwohl besonders die Arbeiter mit ihren Familien von der



Fahrpreisdemonstration in Dortmund





und Mittelbauern sind unsere Brüder.

Man muß endlich der verräterischen, für Arbeiter und arbeitende Bauern gleich verhängnisvollen Politik des Ausspielens von Stadt gegen Dorf und umgekehrt, der Politik des Aufhetzens der beiden größtenArmeen des arbeitenden Volkes gegeneinander ein Ende machen. Die Arbeiter und die Massen der Bauern sind nicht Gegner und Feinde, sondern natürliche Bundesgenossen. Ihre Interessen sich miteinander nicht nur vereinbar, sondern unzertrennlich verbunden, weil sowohl die einen als auch die anderen Ausgebeutete sind und weil sie dieselben Unterdrücker haben: das Großkapital in Stadt und Land.

Auch wenn die Bundesrepublik ein hochindustrialisiertes Land ist, gilt hier der Leitsatz, daß es ohne und gegen die Massen der Bauern keinen Sozialismus, überhaupt keinen Weg in eine bessere Zukunft gibt. Vergleicht man nur einmal die für das Proletariat in Frage kommenden Bündnispartner außer den Angestellten, dann ergibt sich das Bild, daß einer Zahl von rund 2 Millionen Bauern, die Zahl von rund 0,3 Millionen Studenten gegenübersteht.

Daraus ergibt sich die Aufgabe für jeden Kommunisten, jegliche bauernfeindliche Einstellung in der Arbeiterschaft zu widerlegen und die Arbeiter über Inhalt und Perspektive des Bündnisses mit den werktätigen Bauern aufzuklären. Dies ist gerade bei uns um so notwendiger, da große Teile der deutschen Arbeiterbewegung, entgegen der marxistischen Lehre, die Bauernfrage jahrzehntelang unterschätzten, ja teilweise in den Bauern eine "reaktionäre Masse" sahen.

rungspolitik. Der SPD-Stadtspitze sind ja auch die Hände gebunden. Denn wenn sie die Fahrpreise senkt, dann müssen die Steuern steigen. Und das will ja auch keiner."

Sehr richtig! Die Steuern müssen steigen. Aber die feinen Herren von DGB und SPD haben vergessen, uns zu sagen, welche Steuern steigen müßten: Die einzig wichtige Steuer, die die Stadt selbst einzieht, ist die Gewerbesteuer! Also: Hoesch, Horten, Hertie, die Konzerne, die Kapitalisten müßten zahlen. Kein Wunder, daß die SPD einer solchen Steu-

Fahrpreiserhöhung betroffen sind. Sie sind überwiegend auf die Straßenbahnen und Busse angewiesen.

Als die Belegschaft der Stadtwerke selbst den Kampf gegen die Fahrpreise mit einem Solidaritätsstreik unterstützen wollte, gelang es den Gewerkschaftsbürokraten in letzter Minute, in der Vertreterversammlung eine knappe Mehrheit gegen die Beteiligung an der Aktion zusammenzuzimmern. Die Kollegen erkennen genau die Aufgabe der Gewerkschaftsbürokratie: Die Arbeiterklasse vom einheitlichen Kampf für ihre Interessen abhalten.

SPD: Partei gegen die Arbeiter

Wer bis zu den Fahrpreisaktionen die SPD noch für eine Arbeiterpartei gehalten hat, wurde eines besseren belehrt: Die SPD-Stadtspitze ging auf die Forderung der demonstrierenden Volksmassen gar nicht erst ein. Die SPD-Herren ließen ihre Polizei mit brutalen Methoden die Straßen und Schienen freiräumen. Über 300 Jungarbeiter, Lehrlinge, Studenten und Schüler, ja selbst Hausfrauen und Kinder wurden verhaftet. Allen Verhafteten wurde ein Strafverfahren wegen "Nötigung" angedroht. Mit ziviler Polizei machte man Jagd auf "Rädelsführer". Immer waren besonder die roten Fahnen und Transparente der KPD/ML Angriffsziel der Polizisten. Unter den Schmährufen der Bevölkerung entrissen sie jungen Rotgardisten rote Fahnen, Transparente und Plakate, während Sprecher der DKP per Megaphon die Massen zur "Vernunft" ermahnten und woandershin riefen. Die Auftraggeber der Polizei, die SPD-Stadträte, wissen wohl sehr gut, warum sie die Polizei so gezielt und brutal gegen die Kommunisten einsetzen. Die Kommunisten vertreten die Sache des Volkes. Die KPD/ML kämpft entschlossen gegen die Kapitalisten und ihre Helfer.

Deshalb haben die SPD-Herren so große Angst vor uns. Deshalb verbreitet die Monopolpresse so üble Lügen und Schauergeschichten über uns. Doch viele fortschrittliche Kollegen durchschauten die Hetze der Zeitungen. In den Straßenaktionen lernten sie den wahren Charakter der SPD kennen. Als die Polizei gegen Kommunisten und andere vorging, erscholl hundertfach der Ruf "SA-SS", "Faschisten" und "Die SPD schafft fleißig ein neues Dreiunddreißig".

DKP: "Nieder mit den roten Fahnen!"

In der zweiten Demonstrationswoche entwickelte sich der Widerstand gegen die unerhörten Fahrpreise zu einer regelrechten Volksbewegung. Unter dem Deckmantel "Roter Punkt" hatte die DKP still und heimlich die organisatorische Leitung der Aktion übernommen. Der Opportunismus ihrer Politik konnte von der KPD/ML in den praktischen Kämpfen der Werktätigen sehr bald entlarvt werden. Die DKP-Leute behaupteten: "Man darf nur eine kurzfristige realisierbare Forderung aufstellen."

Gemeinsam mit der Jungen Union forderte sie deshalb den 50-Pfennig-Einheitstarif. Damit ging die DKP hinter die Forderungen vorausschauender Kapitalisten zurück. Sogar diese Kapitalisten haben längst erkannt, daß der städtische Nahverkehr reibungslos funktionieren muß, wenn sie weiter Profite machen wollen. Denn schließlich müssen die Kollegen mit Straßenbahnen oder anderen öffentlichen Verkehrsmitteln pünktlich zu ihrer Schicht kommen können. Auch die Hausfrauen müssen zügig die Innenstadt zum Einkauf erreichen, damit Horten und Hertie ihr Geschäft machen können. Zunehmend wird das aber durch die Entwicklung des Verkehrs in den Städten verhindert. Von der Einführung des Nulltarifs erhoffen sich diese Kapitalisten einen besser und billiger funktionierenden Nahverkehr.

Denn ein großer Teil der Personalkosten (Schaffner und Fahrkartenpersonal usw.) könnte eingespart, die Verwaltung könnte vereinfacht werden. Die Städte würden vom Autoverkehr entlastet. Damit würde auch die Bleivergiftung der Luft verringert.

Opportunistisch bis dort hinaus: So redete die DKP in Sachen Fahrpreise daher. Sie stellte populäre Forderungen, ohne die ökonomischen Hintergründe zu untersuchen. Sie belog das Volk, indem sie behauptete, der 50-Pfennig-Einheitstarif könnte das Verkehrsproblem nach den Bedürfnissen der Werktätigen lösen, er wäre ein Schritt zum Nulltarif.

Die Herren von der DKP sagten: "Das Volk versteht die richtigen Forderungen nicht. Jetzt kommt es nur darauf an, Erfolge durch gemeinsame Aktionen zu erreichen." Diese "Theorie" fiel schon bald in sich zusammen. Die Kollegen von Hoesch riefen in einem spontanen, tausendköpfigen Demonstrationszug mit uns: "Wir zahlen keinen Pfennig mehr, Nulltarif im Nahverkehr!"

In zahlreichen Ansprachen und Diskussionen mit den Kollegen und Passanten erläuterten wir die Forderungen der KPD/ML. Wir erklärten, warum wir rote Fahnen bei uns tra-

Fortsetzung S. 4



Rote-Garde-Block bei der Bochumer Demonstration

gen und wir propagierten die Ideen des Vorsitzenden Mao Tse-Tung. Das war den DKP-Herren ein ungeheurer Dorn im Auge. Sie stachelten die Jugendlichen der "Sozialistischen deutschen Arbeiterjugend" (SDAJ) auf zu rufen: "Nieder mit den roten Fahnen." Ein SDAJ-Mitglied zerriß eine rote Fahne. Ein kommunistischer Arbeiter – Mitglied der DKP – wollte das nicht glauben, bis ihm ein SDAJ-Mitglied die Sache ganz selbstverständlich bestätigte.

Von den Massen dazu aufgefordert, ihr Vorgehen zu rechtfertigen, begründeten sie es damit, daß die roten Fahnen nur die Polizei auf den Plan riefen. Auf die gleiche Weise verhielt sich der DKP-Sprecher während einer öffentlich gemachten Ratssitzung.

Als der Oberbürgermeister die Zuhörer aufforderte, ihre Transparente zu entfernen, da das Meinungsterror sei, kam die DKP dem diensteifrig nach; als er, damit nicht zufrieden, zum Verlassen der Zuschauertribüne aufforderte, da ein weiteres Verbleiben Hausfriedensbruch sei, hatte der DKP-Sprecher nichts Eiligeres zu tun, als ebenfalls die Zuhörer zum Hinausgehen aufzufordern. Auch die Schienen-Blockade wollte die DKP verleugnen. Selbst von der Polizei attackierte Auto-Bahnhöfe gab sie auf.

Konsequente kommunistische Politik

Die KPD/ML hat trotz der antikommunistischen Hetze von SPD und DKP konsequent die Forderungen der Werktätigen vertreten. Das war die Forderung nach dem Nulltarif. Denn nur der Nulltarif schafft für die Werktätigen im Nahverkehr eine gewisse Erleichterung. In zahlreichen Ansprachen und Diskussionen erläuterte die KPD/ML, daß aber in einem kapitalistischen Land die Kosten für Reformen – also auch für den Nulltarif – letzten Endes immer der Arbeiterklasse aufgebürdet werden. Der kapitalistische Staat wird eben nicht die Gewerbesteuer erhöhen, sondern die Lohnsteuer. Erst der einheitliche und entschlossene Kampf der Arbeiterklasse für die Beseitigung der Diktatur der Kapitalisten dient daher wirklich den Interessen des Volkes.

Die KPD/ML hat unter den roten Fahnen, dem Symbol dieses Kampfes, in vielen Diskussionen auf den Straßenbahnschienen immer wieder die Notwendigkeit der Abschaffung des Kapitalismus erklärt.

Sie hat gezeigt, daß sie ebenso bereit ist, an vorderster Front für die Tagesinteressen der Arbeiterklasse zu kämpfen. Viele fortschrittliche Kollegen, Jungarbeiter und Lehrlinge nahmen im Verlauf der Aktionen Kontakt mit den Dortmunder Gruppen der KPD/ML auf, um den Kampf der Kommunisten praktisch zu unterstützen. Sie hatten die Heuchelei der SPD-Führer, den Verrat der Gewerkschaften, den Opportunismus der DKP erkannt.

Unter ihnen waren auch einige Genossen aus der alten KPD. Sie berichteten von dem mannigfachen Verrat der SPD und den revolutionären Kämpfen der Arbeiter in Dortmund vor 51 Jahren.

Die KPD/ML hat in den Aktionen der Volksmassen in Dortmund reiche Erfahrungen gesammelt. Die Genossen haben erkannt, wie schwer und wie notwendig es ist, "aus den Massen zu schöpfen", um das revolutionäre Bewußtsein in den Massen zu verbreiten. Sie haben viele Fehler dabei gemacht, aber auch gelernt, künftige Fehler zu vermeiden.

Gestärkt durch das Vertrauen in die Massen wird die KPD/ML jetzt entschlossen für einen gemeinsamen roten 1. Mai kämpfen.

FÜR EINEN GEMEINSAMEN KOMMUNISTISCHEN ERSTEN MAI!

Demonstrationen im Ruhrgebiet

Außer in Dortmund werden auch in anderen Städten des Ruhrgebiets Fahrpreiserhöhungen vorgenommen oder angekündigt. So prangerten die KPD/ML und Rote Garde den Moerser Stadtrat in einem eigenen Demonstrationszug an. Dort hatte der SPD-Stadtrat die Fahrpreise um bis zu 100% erhöht, zugleich aber noch einen weiteren Direktorposten für einen SPD-Bonzen eingerichtet.

In Bochum kam es schon Mitte März, zwei Wochen vor der geplanten Fahrpreiserhöhung, zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei. Während einer Veranstaltung der DKP, bei der Süverkrüp sang und Reden geschwungen wurden, rief die Rote Garde zur Besetzung der Schienen auf: die Mehrzahl der Anwesenden, rund 1 ooo Mann, folgten ihr. Einige Hundertschaften der Polizei griffen brutal an, brachen einem Demonstranten den Arm, zerschlugen einem Kameramann des Westdeutschen Fernsehens den Apparat, nahmen über 20 Demonstranten fest, bekamen die Straße jedoch nicht frei. Während KPD/ML, Rote Garde und KSB/ML Kundgebungen in Bochumer Arbeitervierteln durchführen, die Hausfrauen auf dem Markt mobilisieren und mit Hunderten von Lehrlingen, Jungarbeitern und Schülern die Schienen blockieren, versucht die SDAJ den Kampfwillen dadurch zu kanalisieren, daß sie genehmigte Demonstrationen durch die Innenstadt durchführt. Ein SDAJler, der eine rote Fahne erobert hatte, gab sie ordnungsbeflissen an die Polizei weiter. Als ein Mädchen sich über das brutale Vorgehen der Polizei beschwerte, erhielt sie von einem Polizisten die Anwort: "Das ist noch gar nichts, 1929 in Berlin, da konnten wir das noch besser!"

Lohnkampf in der Chemieindustrie

Die IG-Chemie-Führer – ein Haufen von Arbeiterverrätern

Für 600 000 Kollegen in der Chemieindustrie geht es dieses Jahr um mehr als bei den Tarifverhandlungen der letzten Jahre. Die ständigen Preissteigerungen, die Steuererhöhungen, die hohen Mieten und die schleichende Inflation haben große Löcher in die Arbeitertaschen geris-

ne zwischen Tariflohn und Effektivlohn verschwinden. Aber wie ist die denn überhaupt zustande gekommen? Wer hat denn eine Lohnpolitik betrieben, die den Kapitalisten die

renzieren muß. Also weg von der einheitlichen Regelung im Manteltarifvertrag und dem regionalen Lohnrahmenvertrag. Weiterhin mehr Lohngruppen als bisher, damit wir

können wir die Löhne nach den jeweiligen Gewinnen der Unternehmer festsetzen."

Das ist die Spitze der Frechheit.

sein 100 – 200 Mark fehlen jeden Monat. 650 – 850 DM bringt ein Chemiearbeiter durchschnittlich ohne Überstunden einschließlich übertariflicher Zulagen nach Hause. Damit kann niemand, ohne daß die Frau mitschafft und ohne Überstunden zu kloppen, seine Familie ernähren. Jeder Kollege kann sich ausrechnen, wie eng er den Gürtel schnallen muß, wenn es nicht spürbar mehr Lohn gibt und wenn die Zulagen nicht tariflich abgesichert werden.

Denn die Wirtschaftskrise breitet sich weiter aus und macht natürlich auch vor der Chemieindustrie nicht halt. Einstellungsstop, Versetzungen mit Lohnkürzung, Streichen der Überstunden gehören bereits zum Alltag in den großen chemischen Betrieben wie Höchst, BASF, Bayer usw. Entlassungen und Kurzarbeit werden folgen. Allein bei den Farbwerken Höchst sind die Investitionen um 500 Millionen DM gekürzt worden. Dennoch ist es purer Hohn, wenn die Chemiebosse behaupten, sie könnten nicht mehr als 6,5% mehr Lohn zahlen.

7 000 – 8 000 DM werden jedes Jahr mehr aus den Knochen jedes einzelnen Kollegen herausgeschlagen. Antreiberei und Hetze werden immer schlimmer. Über 22% Dividende für die Herren Aktionäre werden großzügig ausgespuckt. Oder 4 Millionen DM für die 9 Vorstandsmitglieder der BASF.

Es gibt überhaupt keinen Grund, mit den berechtigten Lohnforderungen zurückstecken. Auch – und gerade nicht, wenn es abwärts geht, wenn eine Wirtschaftskrise bevorsteht, gerade da ist es umso wichtiger, daß die Arbeiterklasse auf ihren berechtigten Forderungen besteht und entschlossen für sie eintritt. Die Arbeiterklasse braucht Gewerkschaften, die diese Forderungen kompromißlos vertreten, und wenn die Kapitalisten nicht nachgeben, Kampfmaßnahmen organisieren.

Gewerkschaften haben die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und zu verteidigen, und zwar ohne Rücksicht auf die Kapitalisten. Wer also behauptet, die Lohnforderungen haben sich nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten zu richten, der betreibt Verrat an der Arbeiterklasse.

Die Masche der IG Chemie für die 70er Jahre heißt betriebsnahe Tarifpolitik. Die Herausnahme der Lohn- und Gehaltsgruppenbewegung aus dem zentralen Manteltarifvertrag ist ein erster Schritt zu ihrer Verwirklichung. Lohn- und Gehaltsgruppen sollen in Zukunft regional, später für jeden Betrieb einzeln geregelt werden. Weiterhin soll es statt der bisherigen 6 Lohngruppen (1,2,3,4 plus 2 Leichtlohngruppen) in Zukunft 10 und mehr Lohngruppen geben.

Die Arbeiterklasse wird von der IG Chemie mit übelster Demagogie über die wirklichen Ziele der betriebsnahen Tarifpolitik getäuscht.

Die IG Chemie behauptet:

1) "Unser Ziel ist es, die Spanne zwischen tariflichem und effektivem Lohn zu verringern bis sie sich schließt. Die Spanne ist in jedem Betrieb verschieden groß, deshalb müssen die Regelungen für jeden Betrieb einzeln durchgesetzt werden."

Selbstverständlich muß die Span-

Möglichkeit gibt, in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Hochkonjunktur mehr Lohn zu zahlen als tariflich abgesichert ist, um die Arbeiter, die in diesen Zeiten knapp sind, an ihren Betrieb zu ketten und in Krisenzeiten diese Zulagen zu streichen, wodurch die Kollegen dann gleich 30% weniger verdienen, weil die Tariflöhne so niedrig sind?

Ihr Herren IG-Chemie-Bonzen habt, wie alle DGB-Bonzen eine solche für die Kapitalisten maßgeschneiderte Lohnpolitik betrieben! Und ihr wollt uns erzählen, daß Ihr jetzt die Spanne schließen wollt? Das kann schon sein, aber zugunsten der Kapitalisten wollt Ihr das. Nach unten werdet ihr die Spanne schließen, wenn das für jeden Betrieb einzeln geregelt werden soll. **Denn dadurch wird die Arbeiterklasse zersplittert.**

Gerade jetzt, wo die Krise vor der Tür steht und die Kapitalisten den Lohn abbauen wollen, soviel sie können, kommt es darauf an, daß ihnen eine geschlossene und kämpferische Arbeiterklasse gegenüber steht. Die übertariflichen Zulagen müssen tariflich abgesichert werden. **Nur ein einheitliches Auftreten der Arbeiterklasse wird die Kapitalisten dazu zwingen können, dieses Geld rauszurücken. Soll die Spanne verschwinden, ohne daß die Arbeiter die Dummen dabei sind, so muß das erkämpft und im zentralen Manteltarifvertrag festgelegt werden. Und weiterhin muß eine Lohnpolitik betrieben werden, die den Kapitalisten keinen Spielraum läßt.**

Die IG Chemie sagt:

2) "Die Produktion wird immer differenzierter in jeder Wirtschaftseinheit und in jeder Branche. Das bedeutet, daß man die Löhne diffe-

zu einem gerechten Lohn kommen".

Das bedeutet, die Lohngruppen, die bisher einheitlich für das ganze Bundesgebiet gegolten haben, sollen in Zukunft regional und später für jeden einzelnen Betrieb (Konzern) unterschiedlich sein. Weiterhin sollen die Löhne nicht einmal mehr regional einheitlich sein, sondern ebenfalls für jeden Betrieb unterschiedlich. Dabei ist es schon schlimm genug, daß sie z.Zt. nur regional statt bundeseinheitlich sind. Schließlich soll es statt der bisherigen 6 Lohngruppen, was schon zuviel sind, in Zukunft 10 oder noch mehr geben.

Auch diese Sache paßt den Chemiebossen wie angegossen. Je mehr man die Arbeiterklasse aufsplittert, je mehr sich die Arbeiter untereinander Konkurrenz machen, desto besser kann man sie ausbeuten und unterdrücken. Mit Hilfe der IG Chemie werden die Chemiebosse in Zukunft noch mehr aus den Knochen der Kollegen schlagen können. Sie werden jeden einzelnen Arbeitsplatz bewerten. Denn die Arbeitsplatzbewertung soll die Grundlage für die betriebliche Lohnregelung sein. Dabei hilft ihnen die IG Chemie tatkräftig. Bereits jetzt werden die gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte auf die Durchführung der Arbeitsplatzbewertung vorbereitet. 15 Betriebsräte werden im Stammwerk der Höchster Farbwerke für die Arbeitsplatzbewertung freigestellt.

Die IG Chemie sagt weiter:

3) "Wir wollen mehr für die Kollegen rausholen. Bisher mußten wir uns nach dem schwächsten Gied in der Reihe der Arbeitnehmer richten. Mit der betriebsnahen Tarifpolitik

Hier lassen sie die Katze aus dem Sack. Hier wird klar, was das für Herren sind, die die Gewerkschaften führen. Der Kollege, der in einem kleinen Betrieb schafft, braucht weniger zum leben, weil sein kleiner Kapitalist weniger Gewinn macht als ein Großkonzern? Die Löhne nach den Unternehmergewinnen festsetzen, heißt die Arbeiter mit Haut und Haaren an die Kapitalisten verkaufen. Anstatt für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen, kämpft die IG Chemie für die wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten. Wenn die IG Chemie die Lohnhöhe nach den Gewinnen der Kapitalisten festsetzen will, so wird sie dafür kämpfen müssen, die Löhne zu senken, wenn die Gewinne sinken.

Die betriebsnahe Tarifpolitik der IG Chemie zeigt deutlich, auf welcher Seite die DGB-Gewerkschaften stehen. Die Stabilisierungsperiode des westdeutschen Imperialismus ist zu Ende. Er wird wieder von Krisen geschüttelt, die von Mal zu Mal schärfer werden. Die Arbeiter wehren sich immer stärker gegen die Angriffe der Kapitalisten auf ihre Lebensbedingungen. Die Arbeiterbewegung steht vor einem neuen Aufschwung. Die Verteidigungskämpfe der Arbeiter könnten heute zu einer Lawine werden, wenn sich die Arbeiter immer mehr zusammenschließen, wenn sie durch ihre Kampferfahrung erkennen, daß sie eine Klasse sind, die geschlossen das Kapital bekämpfen muß.

Dem wollen die Kapitalisten natürlich einen Riegel vorschieben. Genau da bietet sich die IG Chemie mit ihrer betriebsnahen Tarifpolitik an. Diese Politik zielt eindeutig auf die Zersplitterung der Arbeiterklasse, die Zersetzung ihrer Kampfkraft und Demoralisierung ab. Gleichzeitig dient sie der Ausweitung der

Macht des Gewerkschaftsapparats über die Arbeiter. Eine Bewegung aus den Betrieben soll weitestgehend ausgeschlossen werden, während die Chemie-Bonzen mit jedem Kapitalisten einzeln über den Preis der Ware Arbeitskraft feilschen. Ein Streik der Arbeiter eines Betriebes hat wenig Wirkung. Denn die IG Chemie-Bosse treffen bereits Absprachen untereinander, daß der eine dem anderen aushilft, wenn irgendwo gestreikt wird. Anstatt mit allen Mitteln die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und zu verteidigen, was eine Gewerkschaft eigentlich zu tun hätte, setzt die IG Chemie alle Hebel in Bewegung, die Arbeiter noch fester an die Kette ihrer Ausbeuter zu legen. Die betriebsnahe Tarifpolitik soll eine Bewegung, wie die der Metallarbeiter 1969 und 1970, als die Metallarbeiter ihre berechtigten Forderungen nicht nur ohne, sondern gegen die Verräter der IG Metall durchsetzten, verhindern. **Das zeigt einmal mehr, daß die DGB-Gewerkschaften zu einem Bestandteil des kapitalistischen Unterdrückungsapparates geworden sind. Daß sie in einer Reihe mit Kapital und Staat gegen die Arbeiterklasse stehen. Das kommt auch in ihrer Lohnpolitik in diesem Jahr wieder deutlich zum Ausdruck.**

Statt Lohnkampf Hinhaltetaktik und Abwiegelei. Es fängt damit an, daß der Lohntarif sehr spät gekündigt wurde. Per gegenseitiger Vereinbarung wurde die Kündigungsfrist von 3 Monaten auf 1 Monat verkürzt. Eine Bewegung braucht Zeit, bis sie auf Touren kommt. Das Ziel der Verkürzung der Kündigungsfrist ist es, die Bewegung in den Betrieben gar nicht erst ins Rollen kommen zu lassen. Die IG-Chemie-Führung kann eine solche Bewegung nicht gebrauchen. Denn wenn es Bewegung in den Betrieben gibt, dann bringen die Arbeiter ihre Forderungen zur Geltung. Gerade das müssen die IG Chemie-Bonzen verhindern, denn ihre Forderungen stimmen ganz und gar nicht mit den Interessen der Arbeiterklasse überein.

Innerhalb der IG Chemie geht das so vor sich: Auf einer Vertrauensleuteversammlung in Hessen forderten die Vertrauensleute eine Mitgliederbefragung darüber, wieviele % mehr Lohn gefordert werden sollen. Ortsverwaltungsvorsitzender und Mitglied der Großen Tarifkommission der IG Chemie, Brand, kanzelt die Vertrauensleute ab: "Für die Lohnforderungen sind nicht die Mitglieder, sondern ist die Große Tarifkommission zuständig. Außerdem würde die Tarifkommission an Verhandlungsspielraum verlieren, weil sie sich ja doch irgendwie nach den Forderungen der Mitglieder richten müßte,"

Genauso kam die 12-%-Lohnforderung der IG Chemie zum spätest möglichen Zeitpunkt auf den Tisch. Allerdings haben sich die Herren Fabian und C. zeitlich etwas verrechnet, zumindest in Hessen. Denn es gab in den Betrieben schon lange vorher ständig Diskussionen darüber, was man fordern soll. Und wie sich die IG Chemie wohl verhalten wird.

vertrauten darauf, daß die IG Chemie-Führer den Lohnkampf anführen und den Streik organisieren würden. So verzichteten sie darauf, selber Dampf hinter ihre Forderungen zu machen. Doch die IG Chemie-Bonzen wollten gar keinen Streik. Ihre Windmacherei sollte Mitglieder einfangen, weiter nichts. Das hat die IG Chemie in den Großbetrieben auch schwer nötig. Dort sind nur etwa 50% organisiert. Gegenüber Nichtorganisierten wurde der Streik sogar als Drohung verwendet, um sie in die IG Chemie zu zwingen.

Eine Stunde vor der Vertrauensleuteversammlung, die die Urabstimmung beschließen wollte, wurde der Tarifvertrag abgeschlossen. Und zwar mit wesentlich weniger als gefordert. Die Vertrauensleute waren stocksauer und stimmten gegen diesen Abschluß. Sie wurden abgekanzelt: "Mehr war nicht rauszuholen, wir haben unser Möglichstes getan". "Bringt das den Kollegen bei, wie, ist Eure Sache."

Kampfmaßnahmen treffen

Ein solches niederträchtiges Manöver kann nur gelingen, wenn die Kollegen und Vertrauensleute den Arbeiterverrätern in der IG Chemie Glauben schenken und nicht selbst Vorbereitungen für Kampfmaßnahmen treffen. Die Vertrauensleute sind selber die Gelackmeierten, wenn sie daran glauben, die Bonzen würden sich an ihre Beschlüsse halten, wenn sie den Kollegen einreden, die Gewerkschaft wird's schon machen, habt Vertrauen in die IG Chemie. Wenn sie den Kollegen nicht ausführlich datüber berichten, was die Bonzen mit ihnen vorhaben und wenn sie nicht selber daran gehen, im Betrieb für Kampfmaßnahmen zu agitieren und diese gemeinsam mit den Kollegen zu organisieren. Denn sonst spielen sie nur den dummen August für die Arbeiterverräter in der IG Chemie-Spitze. Ihre Beschlüsse sind sonst keinen Pfifferling wert und bei den Kollegen haben sie auch keinen Rückhalt, weil sie als Umfaller gelten. Für die Bonzen sollen die Vertrauensleute nur die Lage im Betrieb peilen, damit die ihr übles Spiel besser spielen können. Sie sollen die Werbetrommel für die IG Chemie rühren, Mitglieder werben und wenn abgeblasen wird, den Puffer spielen, der

sie werden wieder verschaukelt wie letztes Jahr und all die Jahre davor.

Denn die 13,9% in Hessen, die 12% in Rheinland-Pfalz und Hamburg, die die IG Chemie fordert, sind genau solche Windeier wie die 15% im letzten Jahr. In Wirklichkeit gibt es eine DGB-Lohnleitlinie von 9,5%. Bei 9%, allerhöchstens 10% werden die Bonzen abschließen, wenn es ihnen gelingt, die Kollegen zu beschwichtigen und zu hintergehen. Mit 10% ist keinem Chemiearbeiter geholfen.

Die 15%-Forderung der Vertrauensleute in Hessen ist richtig. Sie hat nur einen kleinen Haken. Eine Prozentforderung vergrößert den Abstand zwischen den oberen und den unteren Lohngruppen. Die Kollegen, die einen verhältnismäßig hohen Lohn haben, kriegen noch mehr, und die Kollegen, die es am nötigsten haben, weniger. **Deshalb: 15% gleich 1 Mark pro Mann, pro Stunde mehr.**

Die Zulagen müssen unbedingt tariflich abgesichert werden, um die Folgen der Krise zu mildern, sonst sind in der Krise 30% des Lohnes futsch. Aber auch hier muß eine konkrete Zahl genannt werden, die die Kollegen vereinigt und die Manipulation von seiten der Kapitalisten und der IG Chemieführer ausschließt.

Tarifliche Absicherung der Zulagen – 900,— Mark Mindestnettolohn für jeden Chemiearbeiter.

Chemiearbeiter, vereinigt euch. Diese Forderungen müssen erkämpft werden. Es geht darum, Streiks und andere Abwehrmaßnahmen gegen die Krisenauswirkungen zu organisieren. Dieser Lohnkampf ist ein Teil des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Lohnraub, Kurzarbeit, Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Dieser Kampf kann nur erfolgreich gegen die arbeiterfeindliche Dreieinigkeit, Kapital, Staat und Bonzen geführt werden. Zerbrecht die Ketten, die euch noch an das Verräterpack, an die IG Chemie und die DGB-Bonzen binden.

Die KPD/ML und ihre roten Betriebsgruppen werden diesen Kampf nach besten Kräften unterstützen. Wir werden die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse kompromißlos vertreten und versuchen, zusammen mit allen kämpferischen Kollegen in den Betrieben Kampfmaßnahmen zu organisieren. Wir werden nicht danach fragen: Gewerkschaftsmitglied oder nicht, Kommunist oder nicht, sondern: für die Arbeiterklasse oder gegen sie.

Es gärt in den Betrieben

Selten hat es in den Chemie-Betrieben so gegärt wie in diesem Jahr. Bei einer Betriebsversammlung der Farbwerke Höchst wurde der Chefausbeuter Dr. Sammet zum ersten-

los ihre Forderungen durchsetzt. Aber die IG Chemie-Führer sind eine Verräterbande, die den Kollegen ständig eins ins Kreuz tritt.

China-Woche in Berlin

maal ausgebuut und ausgelacht. Vor Wut verließ er nach einer Stunde die Betriebsversammlung. 900 Vertrauensleute der BASF zwangen den Direktor Frank zu ihren Fragen Stellung zu nehmen, indem sie mit einem Protestmarsch durch das Werk drohten. Sie brachten ihre Empörung über Umbesetzungen, Lohnkürzungen und Entlassungen zum Ausdruck. Ergebnis der Stimmung in den Betrieben war die Forderung von 15% mehr Lohn und nach tariflicher Absicherung aller Zulagen.

Die IG Chemie-Bosse reagierten darauf mit der Behauptung: 15% seien unrealistisch, die Kollegen wären gegen die Absicherung der Effektivlöhne und außerdem wären die Chemie-Arbeiter nicht kampfbereit.

Mit solch üblen Lügen versucht die IG Chemie die Bewegung in dne Betrieben abzuwiegeln. Den Kollegen ist klar, daß nur eine 15%ige Erhöhung eine gewisse Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bedeuten würde. Ihnen ist auch klar, daß die übertariflichen Zulagen unbedingt abgesichert werden müssen, denn sie machen 30% ihres Lohnes aus. Jeder Kollege weiß, daß er von heute auf morgen 30% weniger hat, wenn es den Kapitalisten so gefällt. Und er weiß auch, was das für ihn bedeutet. **Die Mehrheit der Kollegen hätte letztes Jahr für die Absicherung gestreikt. Nur die IG Chemie-Bonzen wollten davon nichts wissen. Kein Wunder, ihnen geht es gut. Sie leben wie die Made im Speck. Sie dürfen Teil haben an der Ausbeutung der arbeiterklasse, als Lohn dafür, daß sie den Kollegen an den Karren fahren, daß sie abwiegeln und den Kollegen einreden, sie wären nicht kampfbereit.**

Die Kollegen sind schon kampfbereit, wenn sie eine Gewerkschaft hinter sich haben, die sie mit allen Mitteln unterstützt, die kompromiß-Dennoch haben die Kollegen bereits eins erreicht. Die IG Chemie konnte sich mit ihren 12% bei den hessischen Chemie-Arbeitern nicht mehr blicken lassen. Um nicht das letzte bißchen Kredit zu verlieren, das sie bei den Kollegen noch haben, sind sie mit ihrer Forderung auf 13,9% hochgegangen. Natürlich ist das weiter nichts als ein Trick. Nach der Methode mit Speck fängt man Mäuse soll den Kollegen der Wind aus den Segeln genommen werden. Sie sollen denken: na siehst Du, die Gewerkschaft ist ja doch noch da. Die werdens schon machen. Diese Methode ist nicht neu. Die Verräter der Arbeiterklasse haben sie schon immer angewandt, sie sind geübt darin. So tun, als ob man die Interessen der Arbeiter vertritt, damit die Kollegen erstmal Dampf ablassen. Ist die Bewegung abgefangen, und Ruhe eingekehrt, wird der Handel mit den Kapitalisten perfekt gemacht. Eh' die Kollegen sich umgucken, ist's schon passiert.

Genauso ist es letztes Jahr gelaufen: Zuerst haben die IG Chemie-Führer versucht, den Kollegen ihre betriebsnahe Tarifpolitik schmackhaft zu machen. Sie gaben sogar die Parole aus: Die betriebsnahe Tarifpolitik ist wichtiger als die geforderten 15% Lohnerhöhungen durchzusetzen. Als sie merkten, daß sie damit bei den Kollegen keinen Blumentopf gewinnen konnten, wurde umgeschaltet. Die IG Chemie markierte den starken Mann, indem sie eine harte Lohnpolitik mit Streik und allem Drum und Dran vortäuschte. Die Vertrauensleute wurden dazu benutzt, in den Betrieben die Entschlossenheit der IG Chemie anzupreisen. Das hat auch Erfolg gehabt, denn die Kollegen wollten Geld sehen. Die Chemiearbeiter waren kampfbereit, die Vertrauensleute waren auf Streik eingestellt. Doch sie die Empörung der Kollegen über den Verrat abfängt.

Vertrauensleute, hört auf, dieses Spiel mitzuspielen. Zusammen mit den Kollegen gegen die Verräter und gekauften Kapitalistenknechte in der Gewerkschaftsführung! Kollegen, glaubt den Bonzen kein Wort mehr. Macht Dampf hinter eure Forderungen, es gibt keinen Grund zurückzustehen. Bereitet euch in den Betrieben zusammen mit den Vertrauensleuten auf Kampfmaßnahmen vor. Die Metallarbeiter haben 1969 und 1970 ein Beispiel gegeben, wie es gemacht wird. Sie haben sich nichts vormachen lassen. Weder von den Kapitalisten noch von deren Staatsapparat und auch nicht von den gewerbsmäßigen Arbeiterverrätern in der IG Metall. Sie haben ihre Forderungen selbst auf den Tisch gebracht, die fortschrittlichsten Kollegen und Vertrauensleute haben in den Betrieben dafür gesorgt, daß Kampfmaßnahmen organisiert werden. Sie haben die Arbeiterverräter und ihren DGB-Apparat, diesen Klotz am Bein der Arbeiterklasse, beiseite geschoben und sind selbst auf den Plan getreten. Sie haben mit der Drohung, die Gewerkschaftsbücher hinzuschmeißen, die IG-Metall-Bonzen gezwungen, ihre Streiks nachträglich zu unterstützen und Streikgelder zu zahlen.

Die Metaller haben nach der Parole gehandelt:

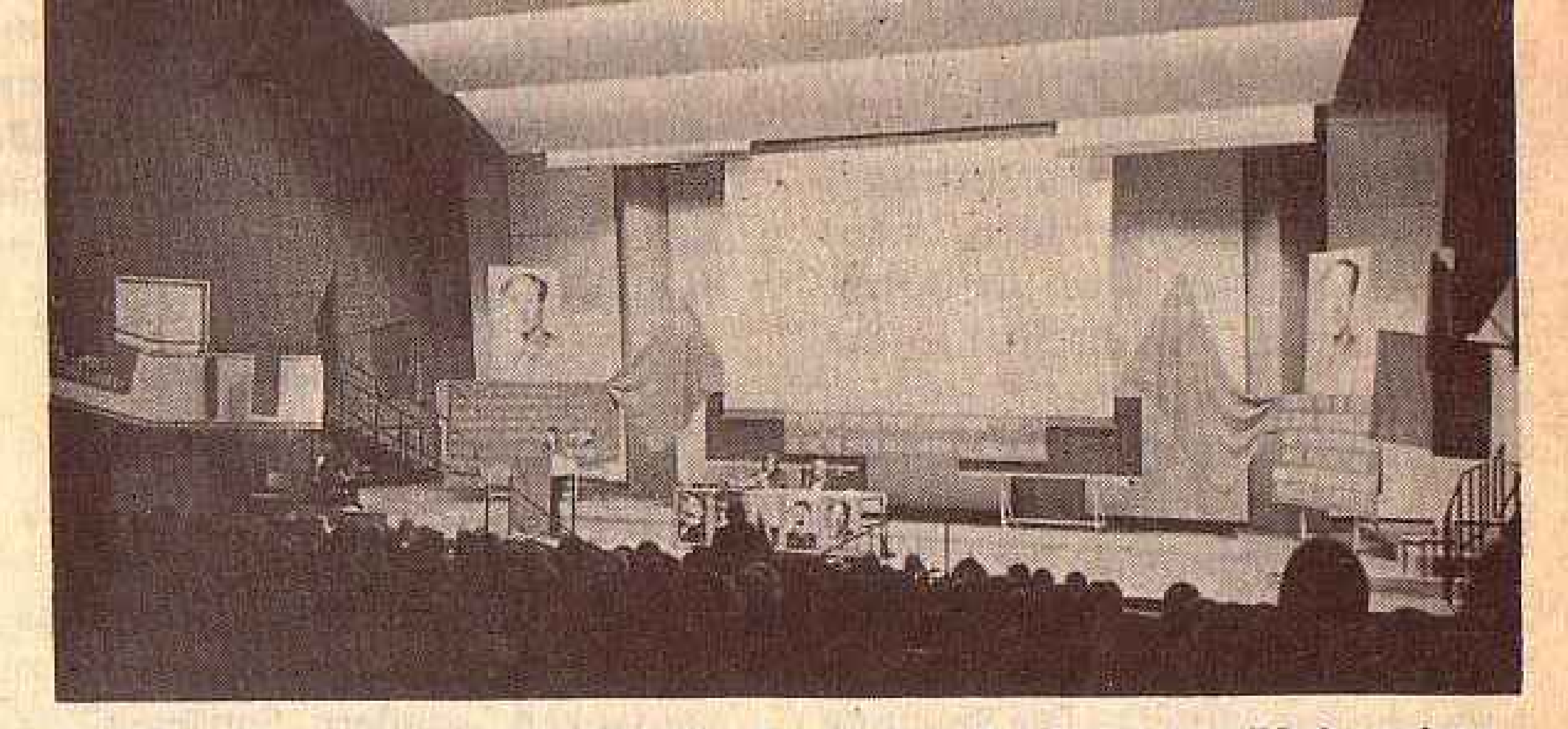
Mann der Arbeit aufgewacht!

Und erkenne Deine Macht!

Alle Räder stehen still,

wenn Dein starker Arm es will.

Nach dieser Devise müssen auch die Chemiearbeiter handeln, oder

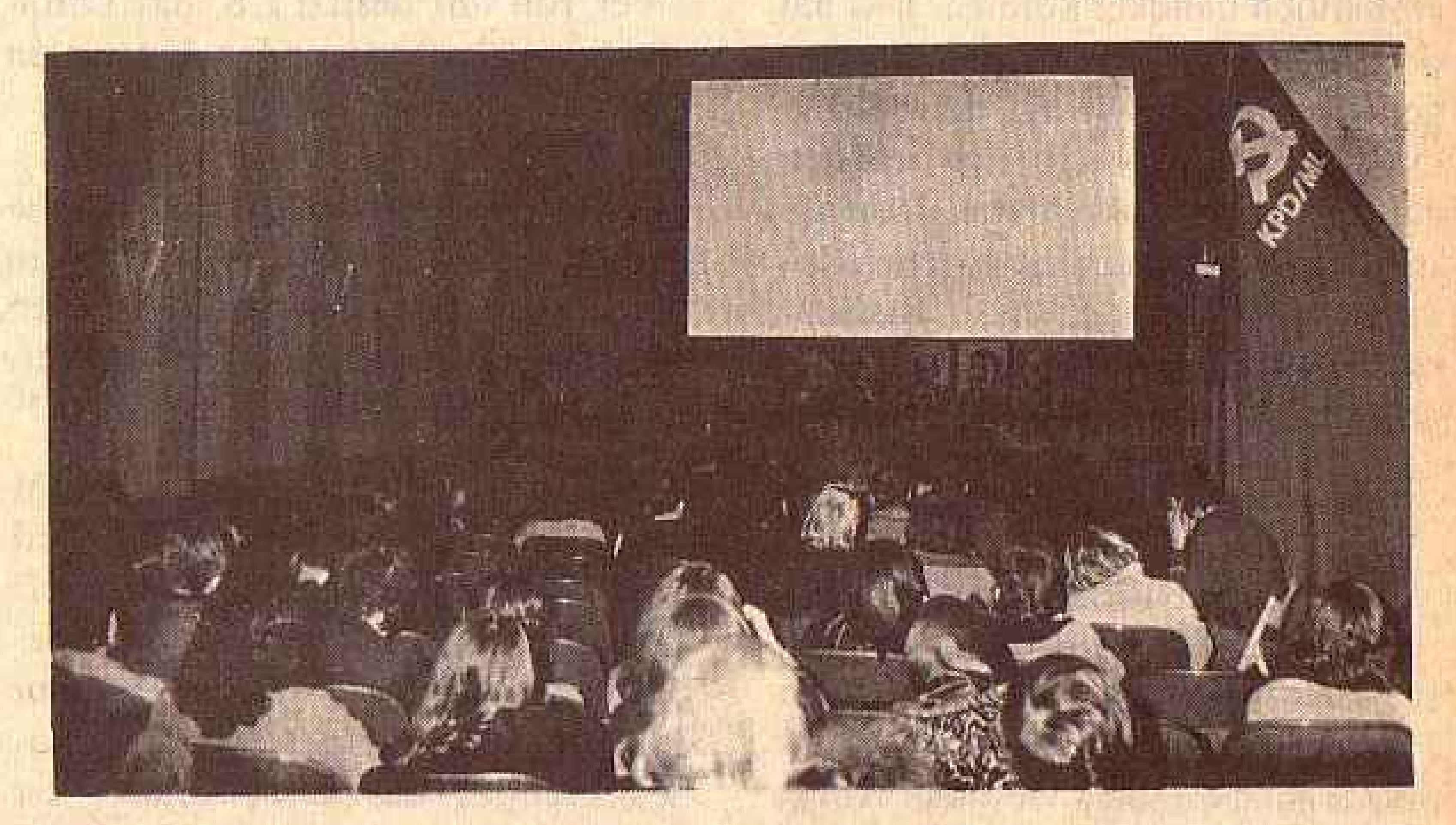


Eröffnungsveranstaltung im Audimax der Technischen Universität

Wie bereits zuvor in mehreren Groß- und Universitätsstädten Westdeutschlands wurde vom 5. bis 13. März vom Landesverband Westberlin der KPD/ML eine China-Woche veranstaltet. Mit den Filmen "Der 9. Parteitag", "Der Bau der Yangtse-Brücke bei Nanking" und "Schlagt die Aggressoren" sowie einer Fotoausstellung über den Aufbau des Sozialismus in China wurde ein Schlag gegen die antikommunistischen und revisionistischen Kräfte geführt.

Der Landesverband wandte sich hauptsächlich an das Proletariat, aber auch an die zum Marxismus-Leninismus tendierenden Kräfte an den Universitäten. In 18 Veranstaltungen in 4 Kinos (in zwei Arbeiterbezirken und im Zentrum) wandte sich die Partei mit einer Rede für den Aufbau der KPD/ML, gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und modernen Revisionismus an die Arbeiter. Vor allem in den 3 Kinos im Wedding und in Kreuzberg, die fast ausschließlich von Arbeitern besucht wurden, fanden die Vorführungen reges Interesse. Alle Veranstaltungen, bis auf die ersten zwei, die schlecht vorbereitet waren, waren zu 80 bis 100 Prozent ausverkauft. Der rege Besuch der Veranstaltungen, das Interesse am Aufbau des Sozialismus in China und die Gespräche mit den klassenbewußten Arbeitern zeigten ganz klar, daß die Linie: **"Kampf dem Imperialismus, Sozialimperialismus und Revisionismus" vollkommen richtig ist und von jedem klassenbewußten Arbeiter akzeptiert wird.**

Fortsetzung S. 9



China-Film-Veranstaltung im Kino (Allotria) eines Arbeiterbezirks

AUS BETRIEB UND

Aus Betriebszeitungen unserer Partei

Ein neues Spaltungsmanöver –

Die Leistungsbeurteilung für Zeitlöhner

Ein neues Spaltungsmanöver – die Leistungsbeurteilung fürZeitlöhner

Ab 1. April geht es in allen Metallbetrieben los: Mit der Leistungsbeurteilung von Zeitlöhnern.

Noch vor der letzten Tarifrunde haben die IGM-Bonzen und die Metallherren klammheimlich ein neues Punkte-System ausgehandelt. Der Tarifvertrag zur Leistungsbeurteilung existiert schon seit dem 7. September 1970. Aber kaum ein Kollege weiß was davon.

Der "Hammer", die Betriebszeitung der Roten DEMAG-Betriebsgruppe schreibt dazu:

Mit dem neuen Punktesystem sollen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: einmal soll es der DEMAG die Profite sichern, um die es nicht mehr "so gut steht" wie in den letzten Jahren, zum anderen sollen wir wieder einmal auseinanderdividiert werde.

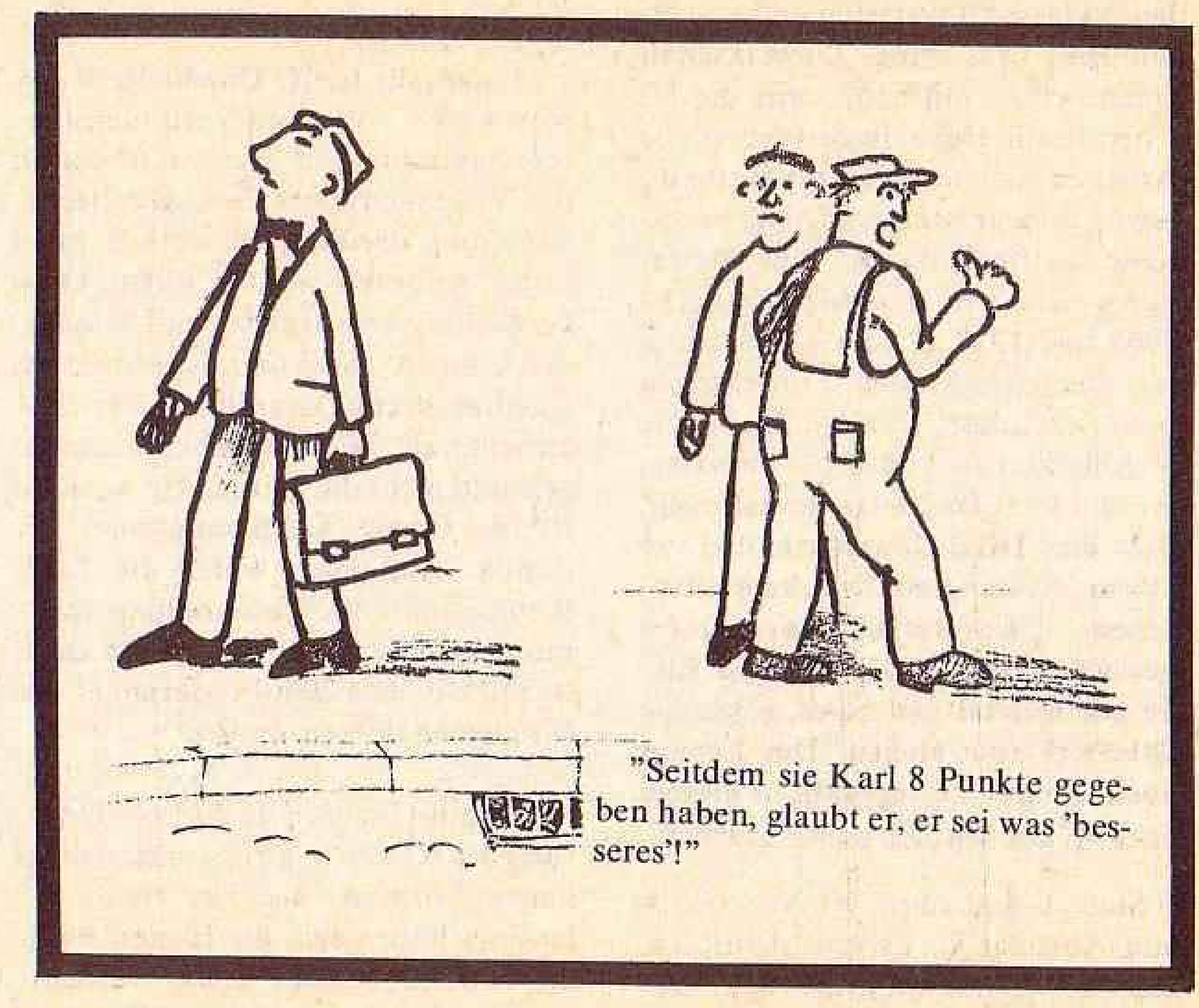
Profitsicherung:

Jeder von uns soll sich um den besten Platz raufen – für die "besten" Radfahrer gibts dann 8 Punkte. Wer aber den Mund aufmacht, für den zücken dann unsere Schulmeister in Grau den Bleistift: "Leistungsverhalten: umständlich", also eine 5 gleich 0 Punkte.

Dieser Knigge für Arbeiter soll uns vergessen lassen, wer unser Gegner ist nicht. Dadurch sollen wir auch in der Krise uneinig bleiben. Wir sollen uns um ein paar Prozent Lohn streiten. Wir sollen vom Kampf gegen unsere Feinde abgehalten werden: vom Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihre Ausbeuterordnung!

Kollegen, es ist an der Zeit, daß auch wir uns auf die Krise vorbereiten! Schließen wir uns zusammen!

Nehmen wir den Kampf gegen das Punktesystem auf! Lassen wir uns vom Meister unsere "Zensuren" offenlegen und verständigen wir uns mit den Kollegen. Letztlich sitzen wir am längeren Hebel, wenn wir uns einig sind.



"Seitdem sie Karl 8 Punkte gegeben haben, glaubt er, er sei was 'besseres'!"

Kollegen!

Nehmt Kontakt auf zur Roten Betriebsgruppe. Wir werden gemeinsam beraten, wie wir den Kampf gegen alle solche Spaltungsmanöver aufnehmen können.

ENTWEDER 8 PUNKTE FÜR ALLE ODER 0 PUNKTE FÜR ALLE!

Gegen alle Spaltungsversuche: Unsere Einheit!

Arbeiterkorrespondenz

Für die DEMAG ist die Sache äußerst günstig. Die DEMAG-Herren wissen ganz genau, daß wir uns auf dem Weg in eine "Normalisierung" (zu deutsch: Krise) befinden. In fast allen Abteilungen wird die Arbeit immer knapper. Um die Stunden zusammenzukriegen, müssen wir jetzt doppelt soviel schuften. Wenn man's nicht schafft, dann heißt das jetzt: "Beanstandungen: viele" = 0 Punkte. Jetzt muß der Profit mit allen Mitteln gesichert werden. Was ist das wichtigste Mittel? – Die Spaltung von uns Arbeitern. Denn die größte Gefahr für die Herren besteht darin, daß wir einheitlich handeln und uns geschlossen gegen die Angriffe der Kapitalisten zur Wehrsetzen.

Spaltung:

Im September, als die Frühschicht das erste Mal seit langer, langer Zeit geschlossen streikte, da sind die Herren ganz schön ins Zittern gekommen. Denn sie haben immer gehofft, bei der DEMAG wären die Arbeiter ruhig und uneinig. Aber sie haben sich verrechnet.Wenn der Streik auch nur kurz war und wir später von den Metall-Herren beschissen worden sind mit den 11% – so haben wir doch bewiesen, daß wir einheitlich handeln können. Das hat den DEMAG-Herren einen gewaltigen Schrecken eingejagt, denn gegen die Einheit der Arbeiter können auch sie nicht ankommen. Deshalb spielen sie uns ständig gegeneinander aus, deshalb züchten sie Radfahrer, deshalb "kommen bald 10 Vorgesetzte auf einen Arbeiter" wie viele Kollegen sagen.

Jetzt haben sie ein neues Spaltungsmittel: das Punktesystem. Sie konnten natürlich nicht offen ein Prämiensystem für die besten Radfahrer ausschreiben, vielmehr sollen alle daran beteiligt werden. Der Gegner ist: nämlich nicht der Kollege neben uns, sondern die Herren von der DEMAG und Co. Oder wie ein Kollege sagte: **"Dieses System heißt für uns: Pflicht am Arbeitsplatz, Kür uns: Pflicht am Arbeitsplatz, Kür beim Meister."**

Wem haben wir das Punkte-System zu verdanken? Der IGM!

Nicht den DEMAG-Herren haben wir letztlich diese Zensuren zu verdanken, sondern "unseren" famosen Gewerkschaftsbeamten! Daß die DEMAG alles gegen uns unternehmen würde, ist einleuchtend. **Wer aber meint, die IG Metall sei was besseres, der ist hier eines besseren belehrt worden. Gerade sie trumpft mit den großen Worten von "Einheit" auf, nennt Nicht-organisierte "Schmarotzer" – aber was tut sie?!** Anstatt solch ein System kategorisch abzulehnen, tüftelt sie noch mit daran herum. **Sie** ist es, die damit die Einheit zerstört, und spaltet, die mithilft, den "Weg nach oben" per Fahrrad und auf dem Rücken aller zu erstrampeln.

Warum sind die Unterlagen nicht öffentlich jedem zugänglich? Warum sind sie erst für "Eingeweihte" da? Wer von uns besitzt z.B. das Lohnrahmenabkommen oder den neuen Tarifvertrag?

Wer allerdings sich einmal die Mühe macht, die Paragraphen durchzusehen, dem vergeht hören und sehen. Das Fazit ist immer: Verraten und verkauft hat man uns da!

Nach der Höhe der Punktzahl wird laut Vertrag ein kleiner Teil der übertariflichen Zulagen tariflich abgesichert. Wenn uns die DEMAG-Herren in der Krise den Lohn kürzen, dann werden wir also unterschiedlich davon betroffen – je nachdem, ob wir gespurt haben oder

7 Tote bei Blohm + Voss

Für die Arbeiter eine Lehre!

Der Explosion in dem schwedischen Tanker "Seven Stars" erlagen 7 Kollegen. Die Schiffbauer, Brenner, Schweißer, Hauer, Stellagebauer sind nicht schnell aus der Ruhe zu bringen. Jeder weiß, daß das Leben eines Arbeiters auf der Werft nicht viel wert ist. Gefahren überall, Unfälle über Unfälle. Jeder hat seine Arbeitsunfälle, seine Berufskrankheit. Es ist wie im Krieg. Es kann jeden erwischen. Aber diesmal herrschte Unruhe unter den Arbeitern.

Die Trauer über die Kollegen schläferte die Arbeiter nicht ein, sie machte sie hellwach. Gute Vorsätze, schöne Worte, würdige Gebärden überließen sie den Vertretern des Vorstandes, der Aktionäre und der Gewerkschaft, die eilig am Tag darauf eine Trauerfeier arrangiert hatten. Das Geld stand auf der Trauerfeier im Mittelpunkt. 50 000 Mark ließ die Werft springen, 3 000 Mark die Gewerkschaft für ihre Mitglieder (2 der Toten waren nur Mitglieder), eine Woche später sprach es sich herum, daß die schwedische Reederei noch 100 000 Mark ausgespuckt hatte. "Für die Hinterbliebenen", aber in Wirklichkeit war es doch **zur Beruhigung der Belegschaft.**

Zur weiteren Beruhigung fanden Besprechungen statt zwischen den Meistern der direkt betroffenen Gewerke und ihren Arbeitern. Die Meinungen der Arbeiter gingen auseinander. Einige sagten: "Wenn die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt werden, dann gehen wir wieder rein. Auf den Tankern verdienen wir gut."

Andere meinten: "Wer garantiert uns denn, daß die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt werden? Das ist alles Gerede. Das ist und bleibt gefährlich in den Dingern. Dann sollen sie uns wenigstens entsprechend für das Risiko bezahlen. 100% Zulage."

Die dritte Gruppe sagte: "Wir gehen da nicht mehr rein, überhaupt nicht mehr, ohne daß das was mit Angst zu tun hat."

Diese Kollegen wußten, ohne daß sie es immer aussprachen, **daß die Sicherheit für die Arbeiter erst dann gegeben ist, wenn sie die Macht haben, über die nötigen Sicherheitsvorkehrungen selbst zu bestimmen und zu WACHEN!**

Diese Kollegen setzten sich gegenüber den andern durch. Sie erkämpften durch ihre entschiedene Haltung einen Sieg für die gesamte Belegschaft. Die "Seven Stars" mußte unrepariert auslaufen und der zweite, schon am Kai liegende Tanker, die "SEA Spirit" ebenfalls. Allen Kollegen ist die eigene Macht sichtbar geworden: "Man kann mit uns nicht mehr einfach umspringen. Erstens muß man zu uns kommen und fragen, ob wir wieder in die Tanker rein wollen. Zweitens kann die Werft nichts machen, wenn wir nein sagen."

Aber der Sieg ist kein endgültiger. Die Werft wird auf ihre hohen Gewinne aus den Reparaturen der Tanker nicht verzichten wollen. Wenn sich die Unruhe erst wieder gelegt hat, in zwei bis drei Monaten, wird man den Angriff gegen die Interessen der Arbeiter starten. Man wird sagen, daß die Sicherheitsvorkehrungen erhöht sind, daß jetzt überhaupt nichts mehr passieren kann. Und wenn dann der erste Tanker wieder in "Elbe 17" liegt, wissen alle Kollegen: das nächste Unglück kommt bestimmt.

Die bewußtesten Arbeiter bereiten sich auf diesen Schlag der Werftleitung gegen die Interessen der Arbeiter vor: sie beginnen, sich zusammenzuschließen.

Wie ist es zu der Explosion gekommen?

"Es wird noch ermittelt," sagt der Vorstand, sagt der Betriebsrat, sagen die Meister, sagen die Vorarbeiter. Aber die Kollegen sagen: "Da stinkt was."

Früher sind die Tanker mit heißem Dampf ausgestiemt worden. Da sind sie manchmal explodiert. Deshalb werden sie jetzt kalt gereinigt. Dabei bleiben aber Rückstände, die hochexplosive Gase

GEWERKSCHAFT

Für die Arbeiter eine Lehre!

entwickeln. Diese Rückstände werden nach dem Löschen zum Teil entfernt, aber es ist unbedingt erforderlich, daß die Tanker auf der Werft noch einmal nachgereinigt werden. Diese Nachreinigung ist unterlassen worden. Warum?

Die Nachreinigung nimmt viel Zeit in Anspruch, bis zu 2 Wochen. Das bedeutet für die Reederei: längerer Ausfall für den Tanker. Das bedeutet für Blohm + Voss: die Reparaturen dauern genau so lange wie auf den andern Werften im In- und Ausland. Die Zugkraft von Blohm + Voss ist dahin. Blohm + Voss ist dann nicht nur teurer als die andern Werften, sondern auch noch genau so langsam. Es ist glasklar: **um in der internationalen Konkurrenz vorn zu liegen, muß Zeit gespart werden, die Zeit, die für die Sicherheit der Arbeiter erforderlich ist.**

Diese Explosion ist kein Einzelfall. "Auf jedem Tanker passierte bis jetzt was," sagt man auf der Werft. Auf der "Moreton Bay" vor 2 Monaten brach in einem Tank ein Brand aus. Die Arbeiter, die in dem Tank beschäftigt waren, konnten sich retten. Nur die Plat-

– Nov. 70: Gasexplosion auf der "Torinita". 3 Schwerverletzte. (Ursache: undichte Brennerschläuche)

– Mai 70: Gasexplosion auf dem Zerstörer "Bayern": 1 Toter, 1 Schwerverletzter. (Ursache: undichte Brennerschläuche)

– Nov. 69: Einem Arbeiter fiel ein Malspieker bei Arbeiten an einer Mastspitze herunter und traf einen andern lebensgefährlich. (Ursache: fehlende Schutzvorrichtung)

– Okt. 68: 3 tödliche Unfälle: 1 herabstürzender Kranausleger erschlug 2 Kollegen und verletzte einen anderen lebensgefährlich. (Ursache: Materialverschleiß – fehlende Kontrolle). Gasexplosion auf der "Moreton Bay": 3 Tote, 1 lebensgefährlich Verletzter (Ursache: undichte Brennerschläuche)

1 holländischer Kollege, der erst 2 Tage bei Blohm arbeitete, stürzte vom Neubau von einer Stellage und war auf der Stelle tot. (Ursache: er mußte gleich nach seiner Einstellung auf einem sehr gefährlichen Platz arbeiten – mangelnde Unfallverhütungseinwei-

desrepublik wurden im Jahre 1969 2,6 Millionen Unfälle gemeldet, 6 247 Menschen starben infolge von Arbeitsunfällen. Das heißt: jeder Zehnte muß jährlich damit rechnen, am Arbeitsplatz verletzt oder getötet zu werden. Die Kapitalisten versuchen natürlich den Arbeitern die Schuld für die Unfälle in die Schuhe zu schieben. Sie sagen und lassen es uns durch ihre Büttel ständig sagen: "Was können wir dafür, wenn ihr Akkord schinden wollt und ihr euch deshalb um eure eigene Sicherheit nicht kümmert?"

Sicherheit am Arbeitsplatz

Wir aber wissen, daß wir deshalb zum Akkord gezwungen sind, weil die Kapitalisten uns den wahren Wert unserer Arbeitsleistung nicht bezahlen und wir deshalb schuften müssen, um genug zum Leben zu haben. Das ist mit dem Akkord so, das ist mit den Überstunden nicht anders. Auch die Sicherheitsbeauftragten gehen in ihrer gesetzlich verankerten Funktion davon aus, daß die Schuld bei den Arbeitsunfällen grundsätzlich die Arbeiter haben. Sie sollen das Unternehmen dabei unterstützen, daß die Arbeiter die Sicherheitseinrichtungen benutzen und die Sicherheitsbestimmungen einhalten. Als wenn es

gibt, herrscht das Profitgesetz. Die Arbeiter sind nur Mittel, den Profit zu erhöhen. Profit muß sein, Sicherheit am Arbeitsplatz kann sein, wenn sie den Profit nicht schmälert.

Die Kapitalisten denken nur an ihren Profit, wir Arbeiter denken an unsere Sicherheit. **Erst dann, wenn unsere Unzufriedenheit, wie jetzt bei den 7 Toten, für das Kapital gefährlich wird, sind sie gezwungen, sich um unseren Schutz bei der Arbeit zu kümmern.** Von selbst tun sie gar nichts!

Selten zuvor war die Einheit unter den Kollegen so stark, wie in den Tagen nach dem katastrophalen Ereignis. Alle wußten, das hätte auch ich sein können. Alle spürten, grundsätzlich in der gleichen Situation zu sein. Aber es kam noch etwas sehr Wichtiges hinzu. Vom Vorstand war ja nicht mehr zu erwarten, als die Krokodilstränen, das Gerede vom "tragischen Unglück" und einigen Beteuerungen. Aber auch niemand sonst schlug einen andern Ton an oder nahm eine andere Haltung ein: weder die Gewerkschaft, weder der Betriebsrat, weder die Sicherheitsbeauftragten, noch die Berufsgenossenschaft. **Keine einzige Instanz nahm die Partei der Arbeiter ein. Die Arbeiter standen allein!**

Die Kollegen wollen wissen: wo liegt die Schuld? Bei der Werftleitung? Bei dem Betriebsrat? Bei der Berufsgenossenschaft? Bei den Sicherheitsbeauftragten?

Die Beziehung zwischen den Instanzen ist nicht genau zu durchschauen. Aber daß sie irgendwie zusammenhängen ist klar. Wo immer im einzelnen die Schuld liegt, ist völlig egal. Die Schuld liegt bei dem ganzen System, bei dem Gewölbe von Einrichtungen, das sich über den Köpfen der Arbeiter errichtet. Das sieht man jetzt auch daran, daß – wie auf der Werft rumgeht – sich Reederei, Werft und Versicherung zu je einem Drittel den entstandenen Schaden teilen.

Und noch etwas kam hinzu! Von den Meistern ging die Parole aus: Wenn die Werft nach ein paar Monaten, nachdem der Schreck verflogen ist, wieder Tanker annimmt, kann ja **jeder einzeln** entscheiden, ob er rein geht oder nicht. Keiner wird gezwungen. –

Nun, manche fallen darauf rein. Die meisten Kollegen jedoch haben den Braten gerochen: solange jeder einzeln für sich entscheidet, werden sie – früher oder spä-

te an der Außenhaut glühte aus und mußte ersetzt werden.

Einige Beispiele

Einige Beispiele aus der Reihe der Unfälle in der letzten Zeit. Am 26. Februar dieses Jahres stürzte auf dem Neubau der "Widar", ein Kollege 18m tief ab und war sofort tot.

sung wie bei jedem von uns).

Blohm + Voss ist als "Knochenmühle" bekannt. Aber in den andern Produktions-Zuchthäusern ist es nicht viel besser. "Es ist unbestreitbar, daß seit drei Jahren die Unfallkurve wieder nach oben zeigt," sagt der SPD-Arbeitsminister Walter Arendt. Der Unfallversicherung in der Bun-

darum ginge! Sie müßten im Interesse der Arbeiter dafür sorgen, daß die Kapitalisten die nötigen Sicherheiten am Arbeitsplatz schaffen. Die Sicherheitsbeauftragten dürfen nicht die Interessen der Unternehmer, sie müssen die Interessen der Arbeiter vertreten!

Solange es den Kapitalismus

Die IG-Metall und der Betriebsrat schlossen sich angesichts der Trauer noch enger mit dem Werftvorstand zusammen. Dieser Friede war selbst den unpolitischen Kollegen verdächtig. Die bewußteren aber dachten: **Friede mit dem Klassenfeind? Wo sein Profit unsere Opfer gekostet hat? Das ist Verrat!**

ter doch machen, was die Meister und Vorarbeiter befehlen.

Jeder einzelne ist für sich allein machtlos, nur zusammen sind wir stark!

Die bewußtesten Kollegen sehen auch schon den einzigen Ausweg: die Trauer und den Schreck, die uns jetzt momentan zusammenhalten, werden vergehen, dann aber gibt es nur noch eine Möglichkeit, zusammenzuhalten: **sich zu organisieren, eine Betriebsgruppe zu bilden.**

Kollegen,

schließt euch im Andenken an die Arbeiter aus unseren Reihen

Paul Axmann

Ernst Damerau

Robert Freitag

Jürgen Hinrichs

Hans Karberg

Emil Kiel

Ilhami Öner,

die der Profitgier des Kapitals zum Opfer fielen, zu der BETRIEBSGRUPPE der Arbeiter-Kampfpartei, der KPD/ML, zusammen!

DIE EINZIGE MÖGLICHKEIT, SICH GEGEN DEN FORTGESETZTEN ARBEITERMORD ZU SCHÜTZEN, IST DER KAMPF DER ARBEITER GEGEN DIESES SYSTEM, DIE BESEITIGUNG DES KAPITALISMUS!

Arbeiterkorrespondenz

Streik bei der Duisburger Kupferhütte

Die Duisburger Kupferhütte steckt in der schwersten Krise seit Kriegsende. 1966/67 war die DK aufgrund ihrer vielseitigen Produktion (NE-Metalle, Spezialroheisensorten, chemische Produkte) von der Krise verschont geblieben. Sie erhöhte sogar noch die Produktion und stellte neue Arbeitskräfte ein. Auch in den nachfolgenden Jahren wurde die Produktion erhöht, ohne daß die Kapitalisten von Bayer, Hoechst und BASF, die jeder fast 1/3 der Aktien besitzen, ihre Profite jedoch erheblich steigern konnten. Die Gründe für diese Entwicklung sind folgende:

1. Es ist billiger, mit Elementarschwefel statt mit Hilfe des Schwefelkieses Schwefelsäure herzustellen. Dadurch wurde der entschwefelte Schwefelkies, der sog. Abbrand, den die DK für den Produktionsprozeß benötigt, äußerst knapp. Alle Versuche der DK in den letzten Jahren, die Produktion auf einen anderen Rohstoff umzustellen, schlugen fehl.

Die Weltmarktpreise für die Metalle Kupfer, Nickel, Cadmium und Silber sind durch die billigere Gewinnung in anderen Ländern rapide gesunken.

Im November 1970 ergriffen die Kapitalisten von Bayer, Hoechst und BASF Maßnahmen, um ihre Profite zu retten. Ein völliger Investitionsstopp wurde angeordnet. 266 Mann von 3930 Belegschaftsmitgliedern wurden gekündigt bzw. kündigten freiwillig bis zum Jahresende. Arbeiter und Angestellte, die 59 Jahre und älter waren, wurden frühzeitig pensioniert. Die Überstunden, die zuletzt 1/5 aller in der Produktion geleisteten Stunden ausmachten, wurden um 50% gekürzt. Lehrlinge, Ausbilder und Lehrwerkstatt wurden an die August-Thyssen-Hütte verschachert. Nur die Chemielaboranten-Lehrlinge dürfen bleiben und werden in noch größerem Maß als vorher in durch die Kündigungen leer werdenden Labors eingesetzt. So erfüllen sie z.B. die Aufgaben der entlassenen Spül- und Putzfrauen. Die Kupferhütte-Herren nennen all dies "gesund schrumpfen". Gesund schrumpfen heißt für uns Arbeiter, daß die Kapitalisten aus unseren Knochen noch höhere Profite herauspressen wollen.

Anfang Dezember wurde von der Duisburger Ortsgruppe ein Flugblatt herausgegeben, in dem die Krise bei der Duisburger Kupferhütte im Zusammenhang mit der kommenden Wirtschaftskrise dargestellt wurde. Als 14 Tage später ein Flugblatt über die Arbeitermorde in Polen verteilt wurde, alarmierte die Werksleitung sofort die Polizei. Mit der Begründung, wir würden gegen die einzige zugelassene legale kommunistische Partei, die D"K"P, schreiben und seien deshalb illegal, nahmen Kripoleute einem Verteiler die Flugblätter ab.

Auch im neuen Jahr geht es mit den Entlassungen weiter. Und immer noch verheimlichen die Chemie-Kapitalisten, was sie mit der DK vorhaben.

Dadurch verunsichert, streikten am 12. März über 500 Kollegen für 1 Stunde. Mit Transparenten und einem Lautsprecher zogen die Arbeiter und Angestellten vor das Verwaltungsgebäude, wo die Aufsichtsratssitzung stattfinden sollte. Sie forderten Klarheit darüber, wie es bei der Kupferhütte weitergehen soll. Heimsoeth, stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats und Direktor bei Bayer Leverkusen, beschwichtigte die Streikenden, ihre Arbeitsplätze seien für 1971 gesichert, man wolle gemeinsam die Krise meistern. . . Für seine Lügen erntete er Pfiffe und Buhrufe. Der Streik der Arbeiter von der Duisburger Kupferhütte ist ein großer Schritt vorwärts. Es war der **erste** Streik nach dem Krieg. Denn durch bessere Sozialleistungen als bei anderen Firmen war es den Kupferhütte-Herren gelungen, die DK zu einem der 'ruhigsten' Betriebe zu machen.

Doch inzwischen haben die Arbeiter bei der DK erkannt, daß die Geschichte von der großen Familie, die nach Darstellung der Kapitalisten, der Gewerkschaft und des Betriebsrats die Arbeiter und Kapitalisten bilden, ein großer Betrug ist. Denn spätestens dann, wenn die Profite der Kapitalisten in Gefahr sind, zeigt sich, wer der Herr im Hause ist.

Über die Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf

Die Erfahrungen der Partei während der Metalltarifbewegung im vergangenen Herbst haben gezeigt, daß es in der Partei noch Unklarheiten über die Aufgaben der Partei im ökonomischen Kampf, vor allem gegenüber der spontanen Streikbewegung, gibt. Einerseits gibt es Genossen, die meinen, die Partei müsse jetzt vor allem den ökonomischen Kampf führen; andererseits gibt es Genossen, die aus Furcht vor dem Abgleiten in den Ökonomismus den ökonomischen Kampf nur zögernd unterstützen. Beide Abweichungen beruhen sowohl auf mangelnden Erfahrungen als auch auf dem Einfluß des Ökonomismus, der ständig von außen auf die Partei einwirkt.

Deshalb ist es unsere Aufgabe, die korrekte m-l Linie für die Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf aufzuzeigen; einmal um in den künftigen Lohnkämpfen wirkungsvoller den Klassenkampf entfalten zu können und zum andern, um die rechten und "linken" Tendenzen in den eigenen Reihen bekämpfen zu können.

"Der ökonomische Kampf ist ein kollektiver Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer für günstige Bedingungen des **Verkaufs der Arbeitskraft**, für Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen." (Lenin) Das Wesen des ökonomischen Kampfes ist, daß er immer eine "Abwehrreaktion der Arbeit gegen die vorhergehende Aktion des Kapitals" (Marx) ist, er ist also defensiv und ohne sozialistische Perspektive. Der ökonomische Kampf ist nicht imstande, die Herrschaft der Bourgeoisie ernsthaft zu gefährden; er führt keine politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen herbei. Aus sich heraus kann der ökonomische Kampf nicht zum revolutionären politischen Kampf werden, sondern immer nur zu reformerischer Politik führen (Forderungen an die Regierung, Kampf um greifbare Resultate usw.). Auf sich gestellt wird der ökonomische Kampf

lern der Ware Arbeitskraft umfunktioniert hat.

Klassenbewußtsein, das Bewußtsein von den politischen Aufgaben des Proletariats im Kampf gegen die Bourgeoisie, entsteht also nicht im ökonomischen Kampf. "Das politische Klassenbewußtsein kann den Arbeitern nur von außen gebracht werden, das heißt aus dem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern." (Lenin) Das politische Klassenbewußtsein kann nur im politischen Kampf, im Klassenkampf, entwickelt werden. "Die Selbsterkenntnis der Arbeiterklasse ist untrennbar verbunden mit der absoluten Klarheit nicht so sehr der theoretischen, als vielmehr der durch die Erfahrungen des politischen Lebens erarbeiteten Vorstellungen von den Wechselbeziehungen aller Klas-

als höchste Form der Klassenorganisation den Klassenkampf an allen Fronten führt und leitet.

"Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter es nicht gelernt haben, auf *alle* und *jegliche* Fälle der Willkür und der Unterdrückung, der Gewalttaten und Mißbräuche zu reagieren, *welche Klassen* diese Fälle auch betreffen mögen, und zwar eben vom sozialdemokratischen und nicht von irgendeinem anderen Standpunkt aus reagieren. Das Bewußtsein der Arbeitermassen kann kein wahrhaftes Klassenbewußtsein sein, wenn die Arbeiter es nicht an konkreten und außerdem unbedingt brennenden (aktuellen) politischen Tatsachen und Ereignissen lernen, *jede* der übrigen Klassen der Gesellschaft mit *allen Erscheinungen des intellektuellen, moralischen und politischen Lebens dieser Klassen zu beobachten; wenn sie es nicht lernen, die materialistische Analyse und materialistische Beurteilung aller* Seiten der Tätigkeit und des Lebens *aller* Klassen, Schichten und Gruppen der Bevölkerung in der Praxis anzuwenden". (Lenin, Ausgew. Werke I, S. 202/3)

Was bedeuten diese allgemeinen Lehren für die konkrete derzeitige Situation in Westdeutschland?

Der **ökonomische Kampf** der Arbeiterklasse wird von den heutigen Gewerkschaften im Auftrag des Kapitals kontrolliert und weitgehend verhindert. Die Verschärfung der ökonomischen Widersprüche des westdeutschen Imperialismus hat

gungen der Partei in der **politischen** Agitation und Propaganda.

Die Partei hat grundsätzlich die Aufgabe, den politischen Kampf zu führen. Nicht jedoch dem ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen und ihm damit Vorrang vor dem politischen zu geben.

Angesichts der derzeitigen Schwäche der politischen Bewegung würde das unweigerlich zum völligen Abgleiten in den Ökonomismus führen, hieße das, die Politik der Partei auf den Weg des Reformismus abzulenken und die Partei selbst statt zu einer bolschewistischen Partei, einer "Organisation der Revolutionäre", zu einer gewerkschaftlichen "Organisation der Arbeiter" (Lenin) zu machen.

Die Partei hat vielmehr die Aufgabe, den **politischen** Kampf voranzutreiben. Den ökonomischen Kampf muß sie unterstützen, und soweit möglich lenken sowie mit dem politischen Kampf **verbinden**. Nur so ist dem spontanen Kampf Bewußtheit und organisierter Charakter zu verleihen, nur so kann die spontane Bewegung zu einem Schritt vorwärts zur **Revolution** werden.

Das heißt konkret:

Neben ihrer ständigen allseitigen politischen Agitation und Propaganda muß die Partei den ökonomischen Kampf, wo und wann immer er aufflammt und sie dazu in der Lage ist, unterstützten, indem sie die vereinzelten Meinungen und Forderungen der Arbeiter sammelt, daraus faktisch richtige Forderungen ent-

Arbeitern propagiert. Außerdem hat sie die Aufgabe, die vorhandenen Aktivitäten zu fördern, und soweit möglich tätige Solidarität zu organisieren.

Vor allem aber muß die Partei diesen ökonomischen Kampf mit dem politischen Kampf verbinden, indem sie einerseits die verräterische Politik der Gewerkschaftsbürokratie und die Rolle anderer Werkzeuge und Handlanger der Bourgeoisie, z.B. der Revisionisten, entlarvt. Indem sie andererseits die Notwendigkeit Roter Betriebsgruppen als revolutionärer betrieblicher Massenorganisationen erklärt und ihren Aufbau vorantreibt. Die **Aufgabe der RBGs** (als Keime einer künftigen revolutionären Gewerkschaft) ist es dann, den ökonomischen Kampf auf betrieblicher Grundlage zu **organisieren und anzuführen** und mit dem politischen Kampf zu verbinden, dessen allseitige Führung die Partei innehaben muß.

Die Roten Betriebsgruppen sind Massenorganisationen der Partei. Als solche haben sie die Aufgabe, durch ihre antikapitalistische und antirevisionistische Praxis im Betrieb den fortgeschrittenen Teil der Belegschaften für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen, d.h. an die Politik der Partei heranzuführen, zum Verständnis und zur Unterstützung der Politik der Partei zu bringen und damit ihren Beitrag zur Einheit und Entwicklung des revolutionären Proletariats zu leisten. Durch diese Arbeit der RBGs wird die Verbindung der Partei mit den parteilosen Massen gefestigt, werden die Parteikader im Betrieb gestählt und neue Kader

stellt wird der ökonomische Kampf also immer im Fahrwasser der Politik bürgerlicher Parteien bleiben.

Je nach der Entwicklung der wirtschaftlichen Widersprüche im Kapitalismus flammt der ökonomische Kampf auf oder er ruht. Den ökonomischen Kampf führen die Arbeiter von sich aus. Die Organisationen dieses Kampfes müssen Gewerkschaften sein "als Sammelpunkte des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals" (Marx). Daß sie es heute nicht mehr sind, liegt daran, daß der Imperialismus die Gewerkschaften zu monopolistischen Mak-

sen der modernen Gesellschaft." (Lenin) Dieses politische Wissen entwickelt die Arbeiterklasse jedoch nicht spontan, sondern nur durch die stetige Erziehungsarbeit der politischen Partei des Proletariats, die mit der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus gewappnet ist.

Den ökonomischen Kampf führen die Arbeiter von sich aus, aber der revolutionäre politische Kampf kann nur unter Führung der Partei entwickelt werden und zum Sieg führen. Folgt daraus, daß sich die Partei um den ökonomischen Kampf nicht zu kümmern braucht? Nein!

Partei und Gewerkschaft

Denn "der ökonomische Kampf (kann) zum Ausgangspunkt für das Erwachen des Klassenbewußtseins werden" (Lenin). Im ökonomischen Kampf wird die Arbeiterklasse immer wieder mit dem politischen Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie konfrontiert: Polizei, Armee, Werkschutz, Justiz, Presse, Gewerkschaftsbürokratie u.a.m. Diese Erfahrungen muß die Partei aufgreifen, aus dem Zusammenhang des Klassenkampfes erklären, als Instrumente der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse, die die ökonomische Ausbeutung durch die Bourgeoisie absichern soll; an Hand dieser Erfahrungen muß die Partei die Notwendigkeit und die Aufgaben des politischen Kampfes aufzeigen. Das heißt: den ökonomischen Kampf mit dem politischen Kampf verbinden.

Das ist auch und gerade die Aufgabe **revolutionärer** Gewerkschaften. Deshalb braucht die Arbeiterklasse keine Gewerkschaften, "die sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems." (Marx) Die Arbeiterklasse braucht Gewerkschaften, die den ökonomischen Kampf mit dem politischen Kampf verbinden, Gewerkschaften, die unter der ideologischen und politischen Führung der revolutionären Partei des Proletariats stehen.

Durch diese Verbindung des ökonomischen Kampfes mit dem politischen Kampf entsteht aber noch kein wirkliches politisches Klassenbewußtsein, das die Aufgaben aller Seiten des politischen Kampfes umfaßt: das Bündnis mit den breiten werktätigen Massen und die Ausnutzung aller Reserven zum gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie, zur Zerschlagung ihres Staatsapparates und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Insofern kann der ökonomische Kampf eben nur **"Ausgangspunkt** für das Erwachen des Klassenbewußtseins" sein. Wirkliches Klassenbewußtsein entsteht nur durch die allseitige Agitation und Propaganda der Partei, die

jedoch zu einem Wiederaufleben des spontanen ökonomischen Kampfes geführt, der den Einfluß der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie sprengt und z.T. bewußt gegen sie gerichtet ist. Außerdem gibt es bereits Keime revolutionärer Massenorganisationen auf betrieblicher Ebene.

Aber die heutigen Gewerkschaften behindern nicht nur die Entfaltung des ökonomischen Kampfes; sondern vor allem versuchen sie, die Verbindung des ökonomischen Kampfes mit dem revolutionären Kampf zu verhindern und die Politisierung der Arbeiterklasse in die Bahnen bürgerlicher Politik, auf den Weg des Reformismus und – wo das nicht mehr geht – des Revisionismus zu lenken.

Der **revolutionäre politische Kampf** des westdeutschen Proletariats war durch den Verrat der KPD jahrelang praktisch zum Erliegen gekommen. Erst mit dem Aufbau der KPD/ML gelang es, wieder eine eigenständige, revolutionäre proletarische Politik zu entwickeln. Die derzeitige Hauptaufgabe dieser Politik ist die Gewinnung der Vorhut des Proletariats für den Kommunismus, wobei der Aufbau der KPD/ML zur bolschewistischen Partei im Mittelpunkt steht und durch den Aufbau proletarischer Massenorganisationen ergänzt wird.

Was ergibt sich daraus für die Linie der Partei im Verhältnis zum ökonomischen Kampf und angesichts des Aufschwungs der spontanen Bewegung?

Die Existenz einer spontanen Bewegung des ökonomischen Kampfes bedeutet nicht, daß die Partei nun überwiegend ökonomische Agitation betreiben muß. Im Gegenteil, gerade der Aufschwung der spontanen Bewegung verlangt verstärkte Anstren-

wickelt und diese wieder unter den herangebildet.

An unser Volk und an die Völker der ganzen Welt!

Unter obiger Überschrift erschien am 16.3.1971 – vier Tage nach dem Memorandum der Generale – in der marxistisch-leninistischen Arbeiter-Bauern-Zeitung der Türkei "ISCI KÖYLÜ" nachstehender Aufruf, der auch in deutscher Sprache verbreitet wurde:

Arbeiter, Bauern! Alle Werktätige!

Alle Patrioten! Unser ganzes Volk!

Die AP-Regierung (Gerechtigkeitspartei) ist zusammengebrochen. Denn sie war eine blutbefleckte Räuberbande des USA-Imperialismus.

Die pro-amerikanische AP-Regierung war die Regierung der fetten Bosse, tyrannischen Grundherren und blutsaugerischen Wucherer und Händler.

Die AP-Regierung ist gestürzt, weil sie danach trachtete, unsere Arbeiterklasse in Ketten zu legen. Diejenigen, die danach trachteten, den ruhmreichen Kampf unserer Arbeiterklasse von 15 – 16. Juni (1970) mit Blut und Feuer zu erwürgen, endeten mit dem Sturz. Das wird immer so sein.

Die AP-Regierung ist gestürzt, weil sie die Bauern, die für Land und Freiheit kämpfen, niederdrückte. Die grausamen Gutsherren, die gegen die Bauern die Gendarmerie einsetzten, werden von unserem Volk immer niedergeworfen.

Die AP-Regierung ist gestürzt, weil sie gegen das kurdische Volk rassistische Unterdrückungsmaßnahmen anwandte. Unser Volk wird immer all diejenigen dem Erdboden gleich machen, die den Rassismus schüren und vor Kommando-Tyrannei nicht zurückschrecken.

Die AP-Regierung ließ tapfere Jugendliche unseres Volkes erschießen, Revolutionäre ins Gefängnis werfen. Sie tyrannisierte die Lehrer und die Intellektuellen, die für die Befreiung des Volkes kämpfen. Sie ist deswegen gestürzt.

Wie sieht die Lage heute aus?

Die AP-Regierung ist zwar gestürzt, aber die grausame Ausbeutung unseres Volkes geht weiter. Die Arbeitslosigkeit und die Verteuerung des Lebensunterhalts machen das Leben unseres Volkes zur Hölle. Die Kerkergesetze, die zur Niederschlagung des Kampfes unseres Volkes vorbereitet wurden, werden im Parlament noch ausgearbeitet. Tausende von Arbeitern werden in den Betrieben entlassen. Die Arbeiterklasse soll in den Krallen der gelben Gewerkschaften versklavt werden. Die Bauern haben kein Land. Die Ausbeutung der Zinswucherer ist erbarmunslos. In den Universitäten sind Polizeistationen errichtet. Hunderte von Revolutionären befinden sich in Gefängnissen. Die dunklen reaktionären Kräfte, die sich auf die Staatsmacht stützen, greifen unser Volk tollwütig an. 40.000 von unseren Brüdern sind in der BRD arbeitslos und völlig verwahrlost.

Für unser 35 Millionen zählendes Volk ist das Leben unerträglich geworden.

Werden wir vor all dem ratlos unsere Köpfe senken? Nein! Wir werden uns VEREINIGEN und KÄMPFEN!

1) Wir fordern die Sicherung der Arbeitsplätze und Gewerkschaftsfreiheit.

2) Nieder mit den arbeiterfeindlichen Gesetzen.

3) Das Recht auf Generalstreik ist das natürliche Recht der Arbeiterklasse.

4) Alle entlassenen Arbeiter müssen unverzüglich wieder eingestellt werden.

5) Die Mindestlöhne müssen neu festgelegt und eingehalten werden

6) Die Ländereien der großen Grundherren müssen konfisziert werden. Sie gehören den werktätigen Bauern.

7) Schluß mit der Unterdrückung der Bauern durch die Gendarmerie.

8) Die Zinswucherer und Banken haben keine Forderungen an die Bauern zu stellen. Die Bauern schulden ihnen nichts. Die Gesetzesparagraphen zur Bestrafung der Zinswucherer müssen angewandt werden.

9) Schluß mit der Zwangniederreißung der Notbehausungen (in den Großstädten).

10) Die Folterknechte, die die Revolutionäre aus den Reihen der Jugend bestialisch mißhandeln, müssen bestraft werden.

11) Die Organisationen der Bereitschaftspolizei und -gendarmerie müssen aufgelöst werden.

12) Die Polizeistationen in den Universitäten müssen aufgelöst werden.

13) Die faschistischen 141. und 142. Paragraphen des Strafgesetzes müssen abgeschaft werden.

14) Schluß mit der Zensur der Publikationen, und mit der Einziehung der Zeitungen, Zeitschriften und Bücher.

15) Laßt uns die Volksfeindlichen Organisationen der Reaktionäre auseinanderjagen!

16) Schluß mit der Versetzung der Beamten und Lehrer! Das Streikrecht für die Beamten.

17) Schluß mit der Prügelstrafe in der Armee und mit der schlechten Behandlung der Soldaten.

Stalin Werke erschienen

Im Verlag "Roter Morgen" sind, wie seit längerer Zeit angekündigt, pünktlich am 31. März die Werke J.W. Stalins auf Beschluß des ZKs der KPD/ML erschienen. Die Neuauflage der Werke J.W. Stalins war zu einer dringenden Notwendigkeit geworden, weil die modernen Revisionisten seit 1956 die Verbreitung der Ideen J.W. Stalins zu unterdrücken versuchen. Die Exemplare der zu Beginn der fünfziger Jahre erschienenen dreizehnbändigen Ausgabe der Werke J.W. Stalins im Dietz-Verlag der SED wurden nach dem XX. Parteitag der KPdSU aus dem Handel gezogen, eingestampft, verbrannt oder in Kellern verschlossen.

Die Herausgabe der Werke J.W. Stalins durch das ZK der KPD/ML ist somit ein Schlag gegen die modernen Revisionisten. Die Verbreitung der Ideen J.W. Stalins durch die Neuauflage seiner Werke in großer Auflage zu einem niedrigen Preis gibt der deutschen Arbeiterklasse eine mächtige ideologische Waffe in die Faust, und wird dazu beitragen, daß die erstarkende marxistisch-leninistische Bewegung sich ideologisch weiter festigen und enger um die KPD/ML zusammenschließen wird.

DAS WERK J.W. STALINS LÄSST SICH NICHT UNTERDRÜCKEN!

DIE IDEEN J.W. STALINS LEBEN IMMER SIEGREICH FORT!

J.W. STALIN GEHÖRT DEN MARXISTEN-LENINISTEN, GEHÖRT DER PROLETARISCHEN REVOLUTION!

Der Verlag "Roter Morgen" wird in kurzer Zeit die Herausgabe der Gesammelten Werke J.W. Stalins durch die Veröffentlichung der Bände 14 – 16, die bisher noch nicht in deutscher Sprache erschienen sind, fortsetzen.

Die Bände 14 – 16 umfassen die Periode von 1934 bis zum siegreichen Ende des Großen Vaterländischen Kriegs 1945. Darüberhinaus bemüht sich der Verlag, in absehbarer Zeit Ergänzungsbände zu den Gesammelten Werken erscheinen zu lassen, die den Zeitraum von 1945 bis 1953 zum Inhalt haben, um so die Gesammelten Werke J.W. Stalins zu vervollständigen.

Grußbotschaft der ausländischen marxistisch-leninistischen Organisationen in Westberlin an die China-Woche.

Die ausländischen marxistisch-leninistischen Organisationen in Westberlin begrüßen die Initiative der KPD/ML, diese China-Woche zu veranstalten, mit der das Bollwerk der Weltrevolution geehrt wird.

In der Epoche, in der der Imperialismus seinem totalen Zusammenbruch und der Sozialismus seinem weltweiten Sieg entgegengeht, bildet die VR China unter der Führung der großen, ruhmreichen und korrekten KP Chinas mit Vorsitzendem Mao an der Spitze und seinem nächsten Kampfgefährten Lin Piao als seinen Stellvertreter, die große Hoffnung für die unterdrückten

und ihre Erfahrungen sind durch den IX. Parteitag gefestigt und besiegelt.

Angesichts dieser großen Errungenschaften, versuchen der amerikanische Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus China zu umkreisen und zu isolieren. Ihre Versuche sind zum Scheitern verurteilt. Die Völker der ganzen Welt sind eng mit dem chinesischen Volk verbunden. Das große chinesische Volk unterstützt entschieden den gerechten Kampf des vietnamesischen, des laotischen, des kambodschanischen und des palästinensischen Volkes und aller Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Die Welt ist in eine neue Ära eingetreten. In der ganzen Welt schließen sich die wahren Marxisten-Leninisten zusammen und bilden neue revolutionäre Parteien und Organisationen. Unter der ideologischen Führung der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens organisieren sie die Arbeiterklasse in ihren Ländern gegen den Imperialismus, den Revisionismus und die ganze Reaktion.

In Deutschland hat die KPD/ML den Kampf gegen das deutsche Monopol-Kapital und den modernen Revisionismus aufgenommen. Die ausländischen marxistisch-leninistischen Organisationen unterstützen mit allen Kräften den Kampf der KPD/ML für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland.

Behandlung der Soldaten.

18) Für eine Generalamnestie!

Arbeiter, Bauern, Soldaten! Patriotische Offiziere.

Jugendliche, Intellektuelle! Unser ganzes Volk!

Schließen wir uns um die oben genannten dringenden Forderungen zusammen. Laßt uns für ihre Verwirklichung das Banner des Kampfes erheben. Laßt uns überall in unserem Land mobilisieren!

Wir dürfen es nie vergessen: Die wahrhafte Befreiung unseres Volkes wird durch die Revolution verwirklicht. Denn nur die Revolution kann die Ausbeutung und Tyrannei restlos ausmerzen. Unser Volk wird nach erbitterten und harten Kämpfen der Herrschaft der Grundherren und proamerikanischen Bosse ein Ende setzen und das Joch des USA-Imperialismus brechen.

Der Sieg wird auf alle Fälle unserem revolutionären Volk gehören.

Das Blut der in den revolutionären Kämpfen Gefallenen; Hüseyin Capkan, Mustafa Baylan, Yasar Yildirim, Taylan Özgür, Mehmet Cantekin und aller anderen soll das Banner unseres Kampfes ein.

ISCI-KÖYLÜ GAZETESI

Im nächsten ROTEN MORGEN bringen wir Auszüge aus einem Artikel der "ISCI KÖYLÜ" unter der Überschrift "Die Lage nach dem Memorandum der Kommandeure".

nung für die unterdrückten Völker und Nationen, die für ihre Befreiung und nationale Unabhängigkeit kämpfen, gegen den Imperialismus, den Sozialimperialismus und alle Reaktionäre. Unter dem roten Banner der Maotsetungideen schreitet das sozialistische China von Sieg zu Sieg. Die Große Proletarische Kulturrevolution hat endgültig alle Restaurationsversuche der Bourgeoisie zunichte gemacht

Es lebe der Marxismus, der Leninismus, die Maotsetung ideen

Es lebe der proletarische Internationalismus

Es lebe unser großer Führer Vorsitzender Mao!

THÄLMANN-ZELLE DER KP ITALIENS (M-L)

ORGANISATION GRIECHISCHER MARXISTEN-LENINISTEN

PROLETARISCHE REVOLUTIONÄRE DER TÜRKEI

FRANZÖSISCHE MARXISTEN-LENINISTEN IN WESTBERLIN (HUMANITE ROUGE)

GRUPPE ARABISCHER MARXISTEN-LENINISTEN

ARBEITERKORRESPONDENZ

Erfolge der RBG Hoechst

Seit im Januar diese Jahres "Rotfront", die Betriebszeitung der Roten Betriebsgruppe (RBG) Hoechst der KPD/ML erschien, hat sie in den Lohnkampf der Chemie eingegriffen. In den Flugblättern und Sondernummern wurden die Forderungen der Arbeiter und kleinen Angestellten auf den Tisch gebracht: Volle Absicherung der Effektivlöhne und 15% mehr Lohn und Gehalt.

Mitten im Lohnkampf sollte am 16. und 18. März Betriebsversammlung sein! Der Farbwerksboss Sammet und seine Helfer von der Gewerkschaft und dem Betriebsrat wollten sie als Tribüne benutzen, um die Belegschaft, die "lieben Mitarbeiter" zu beruhigen. Doch sie hatten sich verrechnet. Es gab die turbulentesten Betriebsversammlungen seit Jahrzehnten. Als Farbwerksboss Sammet sein Geschwätz losließ, erntete er nur Pfiffe. Die Kollegen waren kampfbereiter denn je.

Nach seiner Rede sprach eine Laborantin aus der RBG. Die widerlegte das Gerede von der schlechten Wirtschaftslage. Als sie sagte, daß Herr Sammet und seinesgleichen es überhaupt nicht spüren würden, wenn Milch oder Brot teurer würden, bebte die Jahrhunderthalle Hoechst vom Beifall der Kollegen. Das ging wie ein Lauffeuer durch die Betriebe in den Farbwerken. Die Kollegen, die auf der ersten Betriebsversammlung gewesen waren, erzählten aufgeregt am nächsten Morgen: Da hat einer von den ROTFRONT-Kommunisten geredet, der hat genau gesagt, was los ist. Die Bosse reden davon, daß es der Wirtschaft schlecht gehe, aber in Wirklichkeit geht es **uns** schlechter!"

Auf die Versammlung am 18. 3. hatten die Hoechster Herren kaum noch Arbeiter hingelassen. Wenn in einem Betrieb 10 Arbeiter eine Karte wollten, bekamen vielleicht 3 eine. Statt der Kollegen waren Akademiker und höhere Angestellte in die Versammlung geschleust worden. Trotzdem gab es wieder Pfiffe für Sammet's Rede. Nach ihm sprach eine andere Genossin aus der RBG. Sie wurde schon mit Beifall empfangen. Als die Gewerkschaftsfunktionäre merkten, daß doch die Mehrheit der Anwesenden hinter der Rednerin der RBG standen, schickten sie ihren Berufsredner, das Betriebsratsmitglied Brand vor. Er hetzte gegen die Genossin und versuchte sie als von außerhalb geschickt und mit "chinesischer Ideologie" ausgestattet hinzustellen und von der Belegschaft zu spalten. Das hatte bei seinen Anhängern aus den Akademikerecken auch Erfolg, die Kollegen aber sagten: Wieso fängt der Kerl denn mitChina an, wenn mal ne Kollegin den MUND aufmacht und sagt was wir brauchen, nämlich 15%. So bewiesen diese sauberen "Arbeitervertreter", daß si die Helfershelfer der Hoechster Monopolherren sind! KEIN WORT ÜBER DEN LOHNKAMPF? KEIN WORT ÜBER STREIK! Statt dessen Angriffe auf diejenigen, die die Interessen der Belegschaft vertraten.

Die Rote Betriebs Gruppe (RBG) hat durch ihr offenes Auftreten auf den beiden Betriebsversammlungen folgendes erreicht:

1. Das Märchen der Gewerkschaften, daß die KPD/ML nicht innerhalb des Betriebs, sondern nur außerhalb Mitglieder hat, ist widerlegt.

2. Wir haben die Einheit und Kampfbereitschaft der Farbwerker wesentlich erhöht. Wir sind fester denn je in den Massen verankert. Die Verteiler unserer Betriebszeitung berichteten, daß die neueste Nummer von "ROTFRONT" so positiv aufgenommen wurde, daß wir "ROTFRONT" in ein paar Monaten sogar verkaufen könnten.

3. Viele Kollegen, mit denen wir Kontakt haben, sagten vor dem Auftreten unserer Genossinen: Ihr habt in allem Recht, aber ihr kriegt die Arbeiter doch nicht unter einen Hut! Nach der Versammlung haben sie wieder Mut bekommen. Sie haben gesehen, daß eine Arbeiterorganisation, eine Kommunistische Partei die EINHEIT der Arbeiter und kleinen Angestellten herstellen kann. Das hat die RBG einen Schritt weitergebracht in der Erfüllung der Hauptaufgabe der Partei, die Avantgarde des Proletariats zu schmieden.

4. Auch die Schwankenden und noch Rückständigen sind durch das offene Auftreten der Genossinnen in die Diskussion über "ROTFRONT", Gewerkschaft, Kommunismus und Kapitalismus, hineingezogen worden.

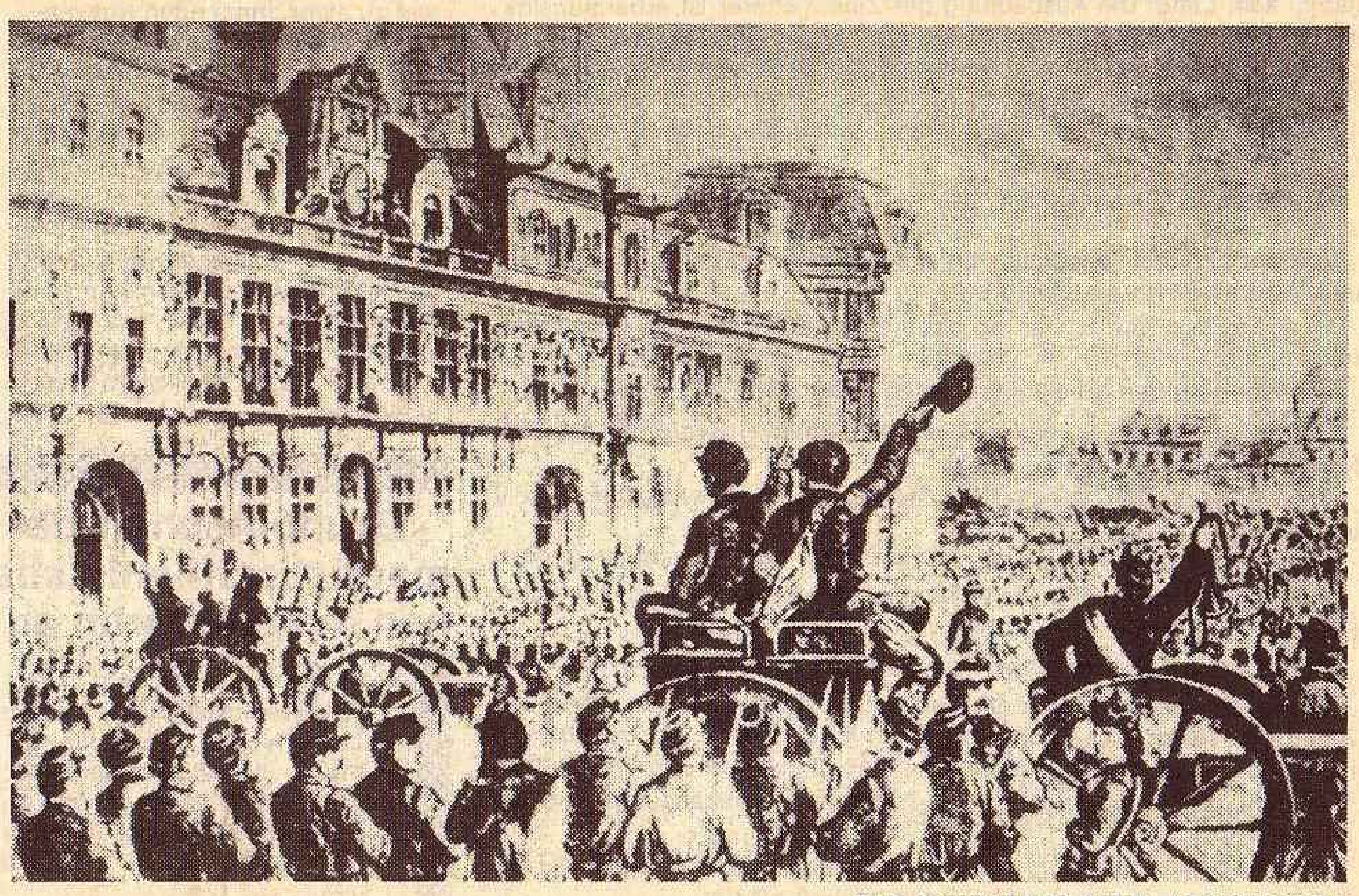
Alles in allem: "ROTFRONT" und die Rote Betriebs Gruppe der KPD/ML in den Farbwerken Hoechst sit zu einer wirklichen Kraft in diesem Lohnkampf geworden!

Rote Betriebs Gruppe (RBG), der Farbwerke Hoechst!

100. JAHRESTAG DER

Vor hundert Jahren, am 18. März 1871, trat zum ersten Mal in der Geschichte das Proletariat siegreich auf. Kühn ergriffen die Pariser Arbeiter – die Himmelstürmer von Paris, wie Marx sie nannte – die Macht und schufen den ersten Staat der Arbeiterklasse, die glorreiche Pariser Kommune. Die revolutionären Taten des Pariser Proletariats bedeuteten eine neue Etappe der Klassenkämpfer, die der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats.

Das Gedenken an die Kommune hochhalten heißt für uns Marxisten-Leninisten, ihr revolutionäres Erbe fortsetzen. Wir müssen aus den Kämpfen der Kommunarden die revolutionären Lehren ziehen und uns von ihnen im revolutionären Kampf leiten lassen.



DIE KOMMUNE WIRD AUSGERUFEN

Der Pariser Kommune war der deutsch-französische Krieg vorausgegangen, der zum Sturz des korrupten Kaiserreiches des Louis Bonaparte (Napoleon III.) geführt hatte. Am 4. September 1870 war die II. Republik ausgerufen worden.

Während die preußischen Truppen Paris belagerten und die Reste der kaiserlichen Armeen entweder von den Preußen eingeschlossen oder gefangen waren, wurde eine "REGIERUNG DER NATIONALEN VERTEIDIGUNG" gebildet, die fast ausschließlich aus Vertretern der Bourgeoisie mit THIERS an der Spitze bestand. Das militärische Instrument der nationalen Verteidigung wurde die NATIONALGARDE: 300 000 Pariser, vor allem Arbeiter und Handwerker, in Waffen.

In der Nacht vom 17. auf den 18. März versuchte Thiers, der Nationalgarde alle Kanonen (250) stehlen zu lassen.

"Der Versuch schlug fehl, Paris rüstete sich wie ein Mann zur Gegenwehr, und der Krieg zwischen Paris und der in Versailles sitzenden französischen Regierung war erklärt." (ENGELS, ebenda)

Die Kommune wird ausgerufen

Das Zentralkomitee der Nationalgarde übernahm die Macht in Paris. In seinem Manifest vom 18. März sagte es:

"Die Proletarier von Paris, inmitten der Niederlagen und des Verrats der herrschenden Klassen, ha-

nen Anspruch auf eine Pension. Während der Kommune hatte jede Frau, ob ehelich oder außerehelich, hatte jedes Kind, ob ehelich oder außerehelich, Anspruch auf eine Pension. Durch diesen Erlaß hat die Kommune für die Befreiung der Frau, für ihre Würde, mehr getan als alle die Moralisten und Gesetzgeber der Vergangenheit. Und die Frauen von Paris haben das verstanden, denn noch nie zuvor haben sie sich mit mehr Energie und in so großer Zahl einer politischen Bewe-

ihre gemeinsame Sache eingesetzt.

Während die Pfaffen im alten Frankreich ein gemütliches Schmarotzerleben führten und mit dem Opium der Religion das Volk zur Demut gegenüber den Herrschern anhielten, räumte die Kommune gründlich mit diesem klerikalen Pack auf. Die Auflösung und Enteignung aller Kirchen als besitzender Körperschaften wurde dekretiert. Die Pfaffen sollten künftig wie die Apostel von den Almosen ihrer

de durch die Kommune für jedermann zugänglich gemacht, neue Tagesschulen für die Arbeiterkinder. Abendschulen für die Arbeiter errichtet.

All diese Maßnahmen auf sozialem Gebiet, die der Rat der Kommune in 2 1/2 Monaten beschloß und verwirklichte, zeigen klar und deutlich: Der Rat der Kommune war eine Regierung, die trotz ihrer Fehler und Schwächen, die trotz ungünstiger Bedingungen – Paris war

"Aber Paris in Waffen, das war die (proletarische) Revolution in Waffen... In diesem Zwiespalt zwischen nationaler Pflicht und Klasseninteresse zauderte die Regierung der nationalen Verteidigung keinen Augenblick – sie verwandelte sich in eine Regierung des nationalen Verrats." (MARX, Der Bürgerkrieg in Frankreich)

Am 28. Januar 1871 kapitulierte die "Regierung der nationalen Verteidigung". Die preußische Bourgeoisie mit Bismarck an der Spitze diktierte ihre Friedensbedingungen: Verzicht auf Elsaß-Lothringen mit seinen Kohle- und Erzvorkommen sowie 5 Milliarden Francs Kriegskontributionen.

"Aber die Nationalgarde behielt ihre Waffen und Kanonen und trat nur in Waffenstillstand gegen die Sieger. Und diese selbst wagten nicht, in Paris im Triumph einzuziehen. Nur ein kleines, obendrein teilweise aus öffentlichen Parks bestehendes Eckchen von Paris wagten sie zu besetzen, und auch dies nur für ein paar Tage! Und während dieser Zeit waren sie, die Paris 131 Tage lang umzingelt gehalten hatten, selbst umzingelt von den bewaffneten Pariser Arbeitern, die sorgsam wachten, daß kein Preuße die engen Grenzen des dem fremden Eroberer überlassenen Winkels überschritt. Solchen Respekt flößten die Pariser Arbeiter dem Heer ein, vor welchem sämtliche Armeen des Kaiserreichs die Waffen gestreckt; und die preußischen Junker, die hergekommen waren, um Rache zu nehmen am Herd der Revolution, mußten ehrerbietig stehenbleiben und salutieren vor eben dieser bewaffneten Revolution!" (ENGELS)

ben begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, daß sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen müssen... Sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eigenen Geschicke zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen."

Am 26. März werden Wahlen durchgeführt, und am 28. März übernimmt der RAT DER KOMMUNE die Macht.

Der Rat der Kommune machte sich gleich ans Werk und erließ zahlreiche Maßnahmen und Gesetze. Während der 72 Tage seines Bestehens setzte er sich unermüdlich für die Belange der Pariser Bevölkerung ein, und jedes seiner Mitglieder arbeitete bis zum Umfallen. **"Die große soziale Maßregel der Kommune"**, sagte Marx, **"war ihr eigenes arbeitendes Dasein. Ihre besonderen Maßregeln konnten nur die Richtung andeuten, in der eine Regierung des Volkes durch das Volk sich bewegt."**

Soziale Maßnahmen

Der Rat der Kommune schaffte die mörderische Nachtarbeit der Bäckergesellen ab; er verbot bei hohen Strafen den Kapitalisten, wie früher den Lohn herabzudrücken, indem sie unter allerlei Vorwänden den Arbeitern Geldstrafen auferlegten; er verwandelte Werkstätten und Fabriken, deren Eigentümer aus Paris geflohen waren, in Arbeitergenossenschaften; er stundete die Mieten, die um 1/2 Jahr zurücklagen.

Im alten Frankreich hatten Arbeiterfrauen und -kinder, deren Mann bzw. Vater gefallen war, kei-

gung angeschlossen, noch nie zuvor haben sie sich an der Seite der Männer so kampfentschlossen für

Gläubiger leben.

Die allgemeine Schulbildung wur-

von Feinden umstellt – sich nach den besten Kräften für die Interessen des Pariser Volkes einsetzte.

Die Kommune – die erste Diktatur des Proletariats

Die sozialen Maßnahmen sind jedoch nicht das umwälzend Neue der Pariser Kommune gewesen. Man begann, die "soziale Gerechtigkeit" zu verwirklichen, um die das Volk in den vorhergegangenen Revolutionen vergeblich gekämpft hatte. Das grundlegende Neue, das sich im Kampf der Pariser Kommunarden herausbildete, war die **politische Form**, unter der allein sich die Befreiung der Arbeiterklasse vollziehen kann. Die Pariser Kommune war mehr als nur eine Arbeiterregierung, sie war der erste **Staat** der Arbeiterklasse, **die erste Diktatur des Proletariats**, in der Geschichte der Menschheit.

Marx und Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, hatten aus der materialistischen Analyse der Geschichte die Erkenntnis gewonnen, daß "der Staat das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze" ist. In der klassenlosen Urgesellschaft war die gesamte Bevölkerung als bewaffnete Macht organisiert. Mit der Spaltung der Gesellschaft in Klassen, in Ausbeuter und Ausgebeutete, Besitzende und Besitzlose, wurde eine besondere "öffentliche Gewalt" in Form von stehendem Heer und Polizei nötig, um die Ausbeuterinteressen der Besitzenden gegenüber den Besitzlosen zu verteidigen. Neben diesen bewaffneten Unterdrückungsinstrumenten umfaßt der Staat als Instrument der Klassenherrschaft vor allem noch den bürokratischen Apparat, Gefängnisse usw.

Da jeder Staat ein Instrument der Klassenherrschaft ist, so ist auch die demokratischste bürgerliche Republik nur ein Werkzeug der Bourgeoisie zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse. Deshalb kann die Arbeiterklasse die politische Macht nicht friedlich erobern. Sie muß im Kampf für ihre Befreiung der reaktionären Gewalt der Bourgeoisie die revolutionäre Gewalt der unterdrückten und ausgebeuteten Massen entgegensetzen, die Diktatur der Bourgeoisie stürzen und ihre eigene revolutionäre Diktatur errichten. Der bürgerliche Staat ist ein Werkzeug der Reichen zur Unterdrückung der Armen, die Diktatur einer Minderheit über die überwältigende Mehrheit des Volkes. Der proletarische Staat ist die größtmögliche Demokratie für die ausgebeutete Mehrheit des Volkes und Diktatur über die ehemaligen Ausbeuter.

Was Marx und Engels aus der materialistischen Geschichtsbetrachtung an theoretischen Einsichten gewonnen hatten, das wurde 1871 in Paris durch die Praxis bestätigt.

Wären die Pariser Arbeiter unbewaffnet gewesen, wäre es für die französische Bourgeoisie ein leichtes Spiel gewesen, die aufflammende Revolution im Keim zu ersticken. Doch die Pariser Arbeiter waren bewaffnet; sie widersetzten sich mit revolutionärer Gewalt den Thiers-Söldnern, die sie entwaffnen wollten.

Vollständige Zerschlagung der Staatsmaschine

"Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann." (Marx/Engels, 1872)

Das größte Verdienst der Kommunarden bestand darin, die alte Staatsmaschine zerschlagen und an ihre Stelle den Kommune-Staat gesetzt zu haben. Das erste Dekret der Kommune hieß: Abschaffung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk. Marx schrieb über die Organisation der Kommune: "Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit."

In der Kommune war es vorbei mit der Schwatzbude Parlament, vorbei mit dem aufgeblähten Beamtenapparat, der streng nach Vorschrift der Bourgeoisie handelt. In der Kommune erließen die gewählten Volksvertreter die Gesetze, die dem Volk nützten; zugleich mußten sie für die Durchführung der Ge-

PARISER KOMMUNE

setze sorgen. Taten sie dies nicht, wurden sie einfach abgesetzt. Die Kommune-Vertreter sollten auch nichts besseres sein als das Volk; jeder Kommune-Beamte mußte seine Tätigkeit für Arbeiterlohn besorgen.

Wir sehen, daß die eine Seite der Diktatur des Proletariats, die Demokratie, für die breiten Volksmassen in der Pariser Kommune glänzend organisiert wurde. Doch die andere Seite der Diktatur des Proletariats, die unerbittliche Niederhaltung der alten Ausbeuter, wurde 1871 in Paris stark vernachlässigt. Beide Seiten wurden erstmals in der Volksrepublik China durch die Große Proletarische Kulturrevolution verwirklicht, die sich in ihrem 16-Punkte-Programm ausdrücklich auf die Pariser Kommune beruft (Näheres dazu im nächsten RM).

Ein Banner der Pariser Kommune, auf dem zu lesen ist: „République Française, Commune de Paris, 9ème Légion, 117ème Bataillon"

Die nachsichtige Haltung der Kommunarden gegen die Bourgeoisie wurde ihnen zum Verhängnis

So machte die Kommune den entscheidenden Fehler, Thiers' geschlagene und zerstreute Truppen laufen zu lassen, anstatt ihnen nachzusetzen und sie zu vernichten. Damit war bereits der Keim ihrer Niederlage gelegt.

Weiter:

Anstatt die Bank von Frankreich mit ihren Milliardenschätzen zu enteignen und das Geld für den Aufbau und die Verteidigung der Kommune zu verwenden, ließ man sie wie ein Heiligtum unangetastet in den Händen der Bourgeoisie. Anstatt die Kapitalisten, deren Besitz einzig und allein durch die Arbeit des Volkes geschaffen wurde, entschädigungslos zu enteignen, zahlte man den wenigen geflohenen Volksausplün-

die Streikenden als Dauernörgler beschimpfte.

Diese nachgiebige, unentschlossene Haltung der Kommune gegenüber der französischen Bourgeoisie wurde ihr zum Verhängnis:

Ist die Bourgeoisie einmal gestürzt, wird sie ihre Kraft verzehnfachen, um ihre Herrschaft wieder zu errichten. Sie schreckt dabei vor nichts zurück – weder vor Hinterlist, noch vor offener Gewalt, weder vor Meuchelmord, noch vor Massenerschießungen.

So ließ auch die französische Bourgeoisie keinen Versuch aus, ihre verlorene Macht wieder zu erobern. Sie schickte Spitzel und Provokateure nach Paris, um die Arbeit zu sa-

Die Pariser Arbeiterfrauen kämpften Seite an Seite mit den Männern auf den Barrikaden für die gemeinsame Freiheit. Die Kinder versorgten die kämpfenden Eltern mit Lebensmitteln und brachten ihnen neue Munition. Alte Männer und Frauen pflegten die Verwundeten. Doch die Übermacht der Feinde war zu groß. Die Kommunarden mußten mehr und mehr zurückweichen.

der furchtbare Alpdruck gewichen war, gierte die europäische Reaktion danach, an dem Rachewerk teilzunehmen. Eine Schlammflut der Verleumdung wälzte sich über die Kommunekämpfer, die Internationale, die gesamte Arbeiterbewegung." (Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution; Internat. Arbeiterverlag, Berlin 1929).

ROTER MORGEN
4/71 S. 11

trägt, sieht auf Paris. Und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, so erinnere ich sie daran, daß der

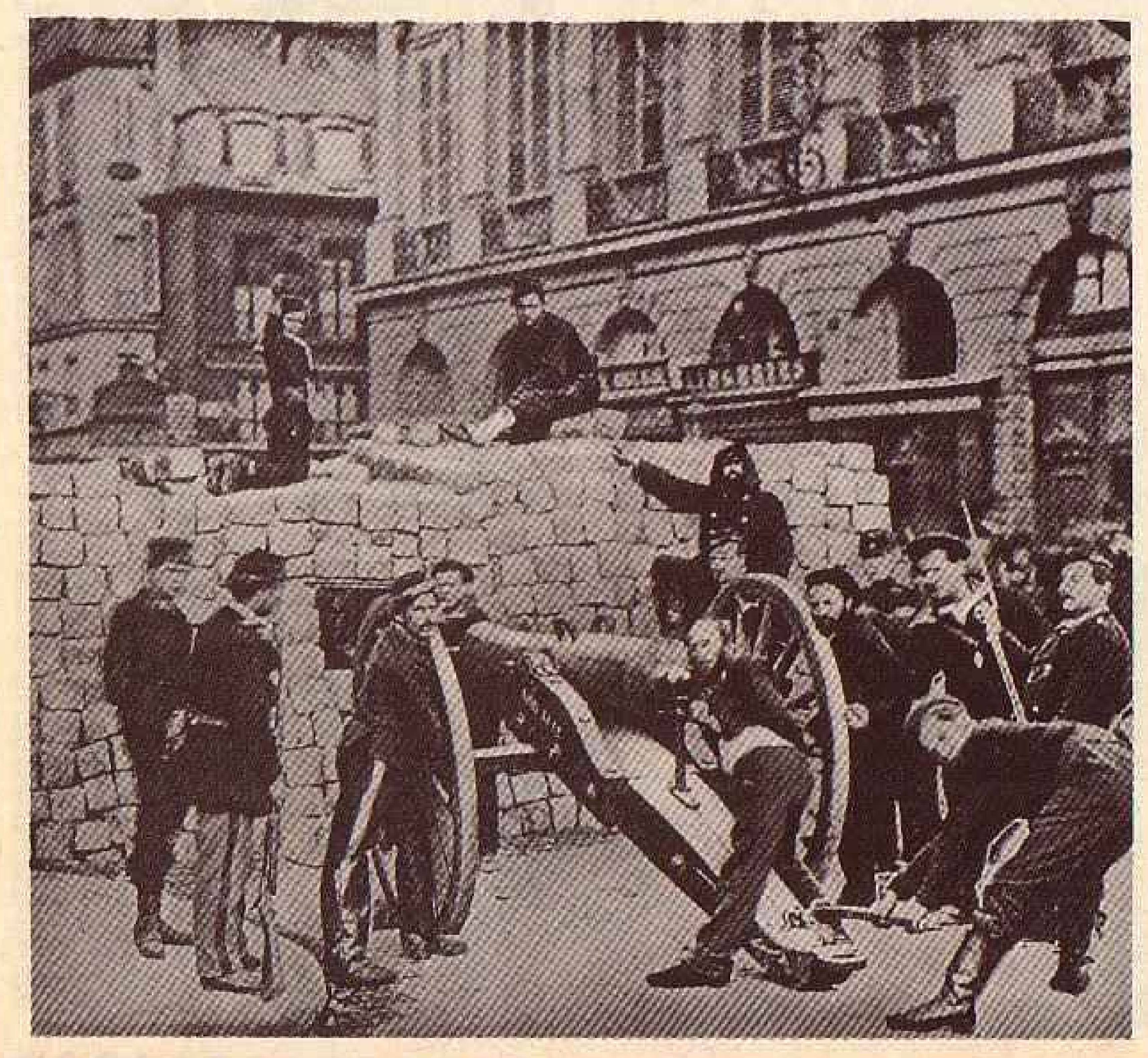
derern, deren Besitz in Arbeitergenossenschaften überführt wurde, noch Entschädigungssummen. Anstatt die bürgerliche Presse, die im verstärkten Maße Hetztiraden gegen die Pariser Arbeiter verbreitete, schonungslos niederzuhalten, setzte man ihr nur die Organe der Kommune entgegen. Die Pariser Arbeiter hatten darauf die richtige Antwort gegeben: Sie verbrannten diese Hetzblätter. Genauso machten es die Metallarbeiter 1969 im Ruhrgebiet mit der Bildzeitung, als diese botieren und die Kommunarden untereinander zu entzweien. Sie ließ als Abschreckung gefangene Kommunarden bestialisch umbringen. Sie verbündeten sich mit ihrem angeblichen Erzfeind, der deutschen Bourgeoisie unter Bismarck.

Dieser unterstützte die Versailler Konterrevolution, indem er 100 Gefangene unter das Kommando der bonapartistischen Generäle entließ. Am 22. Mai fielen die "Versailler" in Paris ein.

Heldenhafter Widerstand

Die Bedingungen für die Verteidigung der Kommune waren ungünstig:

Der Lebensmittelvorrat wurde immer knapper, es fehlte an Waffen und Munition, die eingeschleusten Agenten hatten teilweise Erfolg mit ihren Sabotageakten. Die Übermacht der konterrevolutionären Truppen und der preußischen Armee war erdrückend. Trotzdem verteidigten die Pariser Arbeiter mit größtem Heldentum ihre Kommune. An allen strategisch wichtigen Punkten wurden Barrikaden errichtet.



Von kämpferischem Enthusiasmus erfüllt, verteidigen die heroischen Söhne und Töchter der Pariser Kommune ihre Stellungen.

Bei jeder genommenen Barrikade richteten die Thiers-Söldner furchtbare Blutbäder an. Nach dreitägigem Artilleriebeschuß und verzweifeltem Widerstand der Kommunarden fiel am 28. Mai um 11 Uhr vormittags die letzte Barrikade.

Damit war, mit Thiers' Worten, "der Sieg der Ordnung, Gerechtigkeit und Zivilisation gewonnen". Diese "Ordnung" war der weiße Terror.

Jeder Kommunarde, dessen Hände durch Pulverdampf geschwärzt waren, wurde sofort erschossen. Insgesamt verlor das revolutionäre Paris über 30.000 seiner Kämpfer. Deportiert und verschleppt wurden bis zu 45.000, darunter zahlreiche Frauen und Kinder. Der Pariser Korrespondent einer bürgerlichen Zeitung beschrieb die Greueltaten der Weißen folgendermaßen: "Daß viele Verwundete lebendig begraben wurden, daran kann ich nicht im mindesten zweifeln. Für einen Fall kann ich einstehen... In der Stille der Nacht wurden die Bewohner der umliegenden Häuser geweckt durch fernes Stöhnen, und am Morgengrauen sah man eine geballte Faust aus dem Boden ragen."

"Mit angehaltenem Atem hatte die ganze bürgerliche Welt dem Heldenkampf des Pariser Proletariats zugeschaut. Angstschlotternd hatte sie in der Kommune das Werk der roten Internationale gesehen, deren Macht sie ins Gigantische übertrieb. Nachdem die rote Festung gefallen,

In dieser Situation hielt **Bebel**, der einzige Vertreter der Arbeiterklasse im Reichstag, eine mutige Verteidigungsrede für die Pariser Kommune, in der er am Schluß ausrief:

"Seien Sie überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl der Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust so erinnere ich sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht, und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats "Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang!" der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats sein wird."

Die modernen Revisionisten verraten die Lehren der Pariser Kommune

In Worten loben die DKP-Revisionisten die Pariser Kommune als "große soziale Errungenschaft" der Arbeiterklasse; jedoch die grundlegenden Lehren der Kommune, die vollständige Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, werden außer Acht gelassen. Andeutungen in der UZ zum 100sten Jahrestag der Pariser Kommune ändern an dieser Tatsache nichts. So lautet in der Grundsatzerklärung der DKP die Hauptparole nicht etwa "Kampf für die Diktatur des Proletariats", sondern "demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft". Für die DKP-Revisionisten heißt das: "Verbot des Nazismus, Beendigung der imperialistischen Großmachtpolitik und Einschränkung der Macht der Monopole... die Umwandlung der BRD in eine reale fortschrittliche Demokratie." Sicherlich schön klingende Forderungen, doch Kommunisten messen Forderungen daran, ob sie den Bedingungen des Klassenkampfes Rechnung tragen.

Für uns Kommunisten gibt es keine Demokratie schlechthin, keine Demokratie für alle. Eine Demokratie wird stets von Klasseninteressen getragen. Entweder ist es eine Demokratie für die Krupps und Thyssen oder es ist eine Demokratie für die Arbeiterklasse, entweder ist es die Diktatur der Bourgeoisie oder es ist die Diktatur des Proletariats. Ein Mittelding gibt es hier nicht, auch wenn die DKP-Revisionisten noch so laut danach schreien. Ihre Forderung nach "realer fortschrittlicher Demokratie" ist nicht neu. Die Folgen der kapitalistischen Ausbeuterordnung, "die NPD, die Großmachtpolitik und die Macht der Monopole", wollen die DKP-Revisionisten verbieten oder einschränken.

Aber auch wenn die NPD verboten wäre, Strauß nicht mehr auf Moskau schimpfen dürfte und ein Anti-Kartellgesetz die Macht der Monopole einschränkte, bliebe die Wurzel all dessen bestehen: Die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Lenin schrieb in "Staat und Revolution", daß "auch in der allerdemokratischsten (bürgerlichen) Republik Lohnsklaverei das Los des Volkes bleibt".

Die DKP-Revisionisten wollen die "demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" auf der Basis des Grundgesetzes erreichen. Sie wollen also durch den bürgerlichen Staat die Macht der Bourgeoisie

100 Jahre Pariser Kommune

einschränken und schließlich überwinden. Das ist doch nichts anderes als daß der Knüppel seinen Meister verdrischt, denn der bürgerliche Staat ist seinem Wesen nach ein Werkzeug der Bourgeoisie zur Niederhaltung des Proletariats und er wird es bis zu seiner vollständigen Zerschlagung durch das Proletariat bleiben.

Die DKP-Revisionisten haben somit die Lehren der Pariser Kommune, einen wichtigen Bestandteil des Marxismus-Leninismus, verraten. Sie spotten dem heldenhaften Kampf der Pariser Arbeiter für die Diktatur des Proletariats.



Das große Banner des proletarischen Internationalismus hochhaltend, warf die Pariser Kommune die „Siegessäule" des Vendômeplatzes, das Symbol des napoleonischen Militarismus und des Chauvinismus, nieder und nannte den Platz in Internationalen Platz um.

Resolution

1

In Erwägung unserer Schwäche machtet
Ihr Gesetze, die uns knechten solln.
Die Gesetze seien künftig nicht beachtet.
In Erwägung, daß wir nicht mehr Knecht sein wolln.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht
Haben wir beschlossen: nunmehr schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

2

In Erwägung, daß wir hungrig bleiben
Wenn wir dulden, daß ihr uns bestehlt
Wollen wir mal feststelln, daß nur Fensterscheiben
Uns vom guten Brote trennen, das uns fehlt.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht
Haben wir beschlossen: nunmehr schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

Das Fehlen der kommunistischen Partei

Vielen von uns drängt sich die Frage auf, warum der erste Staat der Arbeiterklasse, die Pariser Kommune zusammengebrochen ist.

"Zur siegreichen sozialen Revolution bedarf es mindestens zweier Vorbedingungen: Die Entwicklung der Produktivkräfte muß eine hohe Stufe erreicht haben und das Proletariat muß vorbereitet sein. 1871 fehlten jedoch diese beiden Vorbedingungen. Der französische Kapitalismus war noch wenig entwickelt, und Frankreich war damals ein überwiegend kleinbürgerliches Land (ein Land der Handwerker, Bauern, Kleinhändler u.a.m.). Andererseits war keine Arbeiterpartei vorhanden, es fehlte die Vorbereitung und lange Schulung der Arbeiterklasse, die in ihrer Masse noch nicht einmal eine völlig klare Vorstellung von ihren

Anzahl von Revolutionären die Macht zu erobern und dann die Volksmassen für die Revolution zu gewinnen; dem ökonomischen Kampf für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse schenkte er kaum Beachtung. Die Proudhonisten hingegen wollten vom Kampf um die politische Macht nichts wissen und forderten lediglich die Einrichtung einer Tauschzentrale, damit alle Waren gerecht unter dem Volk verteilt werden können. Trotz dieser kleinbürgerlichen Theorien brach sich der revolutionäre Instinkt der Pariser Arbeiter Bahn.

100 Jahre später ist die Arbeiterbewegung zu der mächtigsten Bewegung in der Geschichte der Menschheit angewachsen. In den zahlreichen Klassenschlachten, Niederla-

"Aber die Aktivität der breiten Masse kann sich weder lange halten noch in der richtigen Richtung entwickeln, noch ein höheres Niveau erreichen, wenn eine starke führende Gruppe fehlt, die diese Aktivität auf geeignete Weise organisiert."(Mao Tse-tung)

Gerade diese "starke führende Gruppe", die Kommunistische Partei, die von einer einheitlichen theoretischen Grundlage ihr Denken und Handeln leiten läßt, die die Massen im Sinne der Revolution erzieht, die eng mit den Massen verbunden ist und die das Bündnis des **Proletariats mit den übrigen Volksmassen herstellt, fehlte 1871 in Paris. An diesem Mangel mußte die Kommune scheitern, auch wenn die äußeren Umstände für sie günstiger gewesen wären.**

Auch in der deutschen Revolution 1918/19 führte das Fehlen einer im Kampf gestählten und eng mit den Massen verbundenen marxistischen Kampfpartei zur Niederlage. Die KPD von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht war noch zu jung, um den spontanen Kampf der deutschen Arbeiterklasse siegreich anzuleiten, und auf eine höhere Ebene zu heben.

In Westdeutschland wurde durch den revisionistischen Verrat der KPD/DKP der Neuaufbau einer wahrhaft Kommunistischen Partei zur historischen Notwendigkeit. Aus den Fehlern der Pariser Kommunarden lernen, heißt jetzt für alle Marxisten-Leninisten in Westdeutschland: Sich auf die kommen-

3

In Erwägung, daß da Häuser stehen
Während ihr uns ohne Bleibe laßt
Haben wir beschlossen: jetzt dort einzuziehen
Weil es uns in unsern Löchern nicht mehr paßt.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht
Haben wir beschlossen: nunmehr schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

4

In Erwägung, es gibt zu viele Kohlen
Während es uns ohne Kohlen friert
Haben wir beschlossen, sie uns jetzt zu holen
In Erwägung, daß es uns dann warm sein wird.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht
Haben wir beschlossen: nunmehr schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

5

In Erwägung, es will euch nicht glücken
Uns zu schaffen einen guten Lohn
Übernehmen wir jetzt selber die Fabriken
In Erwägung: ohne euch reicht's für uns schon.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht
Haben wir beschlossen: nunmehr schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

6

In Erwägung, daß wir der Regierung
Was sie immer auch verspricht, nicht traun
Haben wir beschlossen, unter eigner Führung
Uns nunmehr ein gutes Leben aufzubaun.
In Erwägung: **Ihr hört auf Kanonen –**
Andre Sprache könnt ihr nicht verstehn
Müssen wir dann eben, ja, das wird sich lohnen –
Die Kanonen auf euch drehn.

(aus: Bert Brecht, Tage der Commune)

Aufgaben und den Methoden zu ihrer Lösung hatte. Es gab weder eine ernsthafte Organisation des Proletariats noch umfassende Gewerkschaften und Genossenschaften..." (Lenin)

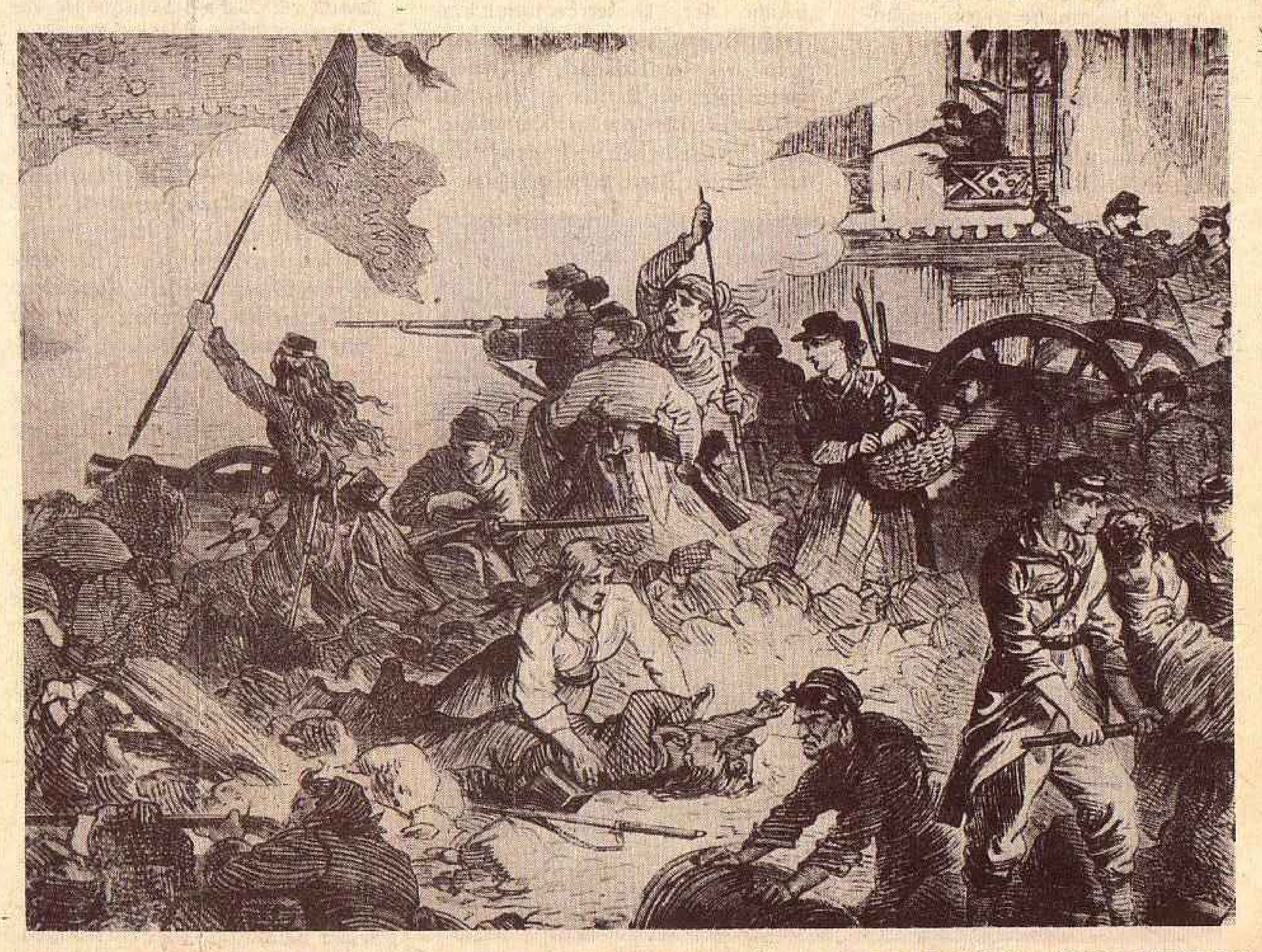
Die Arbeiterbewegung war 1871 noch jung, ihre Erfahrungen gering. Viele kleinbürgerliche Theorien herrschten in der Bewegung vor, so die Theorie von Blanqui und Proudhon.

Blanqui forderte, mit einer kleinen

gen und Siegen gewann die Arbeiterbewegung wertvolle Erfahrungen hinzu. Die Verallgemeinerung der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung sind der Marxismus, der Leninismus und die Maotsetungideen. Diese scharfe Waffe muß sich das Proletariat aneignen, um den Kampf gegen die Bourgeoisie siegreich führen zu können. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, die Arbeiterklasse von der Richtigkeit und Schärfe dieser Waffe zu überzeugen und somit der Arbeiterbewegung eine gezielte Wucht zu verleihen.

deutschland. Sich auf die kommenden Klassenschlachten vorbereiten, verstärkt das Kampfinstrument der westdeutschen Arbeiterklasse schaffen.

BAUEN WIR EINE STARKE KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS/ MARXISTEN-LENINISTEN AUF



Kommunekämpferinnen fechten zur Verteidigung der revolutionären Staatsmacht.